

Die Rote Mappe 1972 des Niedersächsischen Heimatbundes

**Rückblick und Ausblick,
vorgetragen durch den Vorsitzenden, Dr. Herbert Röhrig,
Hannover, auf dem 53. Niedersachsentag in Oldenburg in der
Festversammlung am Sonnabend, 28. Oktober 1972**

Herr Landtagspräsident!

Meine Herren Minister!

Meine Damen und Herren, liebe Jugend!

Der Niedersächsische Heimatbund freut sich, Sie alle begrüßen zu dürfen, insbesondere die Herren Landtagsabgeordneten,
die Herren Staatssekretäre,
die Herren Regierungs- und Verwaltungspräsidenten,
den Herrn Bischof der ev.-luth. Kirche in Oldenburg,
den Herrn Bischhöflichen Offizial in Vechta,
den Herrn Präsidenten des Niedersächsischen Staatsgerichtshofes,
den Herrn Oberbürgermeister der Stadt Oldenburg
sowie die Herren Vertreter zahlreicher anderer Behörden und Institutionen.

Ein geist- und humorvoller Oldenburger hat vor kurzem gesagt: „Es ist ein geographisches Kuriosum, daß Oldenburg weiter von Hannover entfernt ist als Hannover von Oldenburg.“ Damit wollte er zweifellos ausdrücken, Oldenburg kümmere sich zwar lebhaft um die niedersächsischen Probleme, aber Niedersachsen sehr viel weniger um diejenigen im Oldenburger Lande.

Ob das auf staatlichem Gebiet so ist, können wir nicht beurteilen, aber innerhalb unserer Vereinigung dürfen wir doch wohl behaupten, daß jener Satz nicht zutrifft. Bis zu ihrem Lebensende waren Richard Tantzen unser Ehrenvorsitzender und Fritz Diekmann unser Vorstandsmitglied; sie sorgten dafür, daß uns die Oldenburger Fragen immer lebhaft gegenwärtig blieben, und sie arbeiteten gleichzeitig mit allen Kräften an niedersächsischen Aufgaben mit. Inzwischen haben Werner Logemann und Otto Uechtritz ihre Nachfolge angetreten und mit klugem Eifer die alten Fäden weitergesponnen. Uns macht Oldenburg viel Freude und wenig Sorge; damit nehmen wir ein Wort auf, das Herr Logemann gegenüber einem Ihrer Kreisverbände geprägt hat.

Unter den Bezirksverbänden im Lande Niedersachsen gehört die Oldenburg-Stiftung zu den besten; sie ist fest gefügt, hat klare, vernünftige Vorstellungen und wird vom Vertrauen ihrer Mitglieder getragen. Dafür gibt es einen ganz handfesten Beweis in der Tatsache, daß

**Oldenburg weiter
von Hannover entfernt
als Hannover von Oldenburg?**

**Festgefügte
Oldenburg-Stiftung**

die Landkreise und Städte sich im März d. J. bereit erklärt haben, ihren Beitrag auf das Vierfache zu erhöhen. Das hat es wohl noch nie in irgendeinem Verbandsverbande, soweit wir wissen, gegeben, und wir armer Landesverein sehen mit hungrigen Augen auf solche Möglichkeiten!

In Wahrheit aber gönnen wir sie der Oldenburg-Stiftung selbstverständlich von Herzen als wohlverdient und auch als unbedingt notwendig, wenn zahllose Probleme unserer Zeit gemeistert werden sollen. Unter ihnen ist eines nur organisatorischer Art, aber es greift doch tief in alles Gemeinschaftsleben ein, nämlich die bevorstehende Verwaltungs- und Gebietsreform. Wird es nach ihrer Durchführung keinen Verwaltungsbezirk Oldenburg in seinen heutigen Grenzen mehr geben, so wird spätestens dann die Notwendigkeit der Oldenburg-Stiftung jedermann einleuchten. Jene dann zu erfüllenden Aufgaben wird aber schwerlich noch der eingetragene Verein unserer Tage erfüllen können, vielmehr ist es vorausschauend unabweisbar nötig, die Oldenburg-Stiftung in eine Körperschaft öffentlichen Rechts umzuwandeln. Dazu hat sie zielbewußt die Voraussetzungen geschaffen, und es liegt nun an der Niedersächsischen Landesregierung, sich entsprechend zu entscheiden.

Um das starke geistige Leben zu erkennen, das in der Oldenburg-Stiftung herrscht, braucht man nur ihren Jahresbericht 1971 zu lesen, auf dessen Einzelprobleme noch zurückzukommen sein wird; es sei hier nur an die eindrucksvolle Leistung der Arbeitsgemeinschaften, des Oldenburger Landesvereins, des Heimatbundes für das Oldenburger Münsterland, weiterer Verbände und der Heimatmuseen erinnert.

Die Stadt Oldenburg und die Oldenburg-Stiftung haben uns eingeladen, den Niedersachsens tag dieses Jahres hier zu begehen; dafür bedanken wir uns noch einmal herzlich. Der letzte Niedersachsens tag wurde 1955 hier abgehalten, also vor 17 Jahren. Seitdem hat sich vieles verändert, manches zum Guten, manches zum Schlechten, aber geblieben ist das klare Zusammengehörigkeitsgefühl aller Bewohner des Oldenburger Landes. Wir wiederholen: Für uns gilt jenes Wort nicht, das eingangs zitiert wurde, für uns liegt Oldenburg genauso weit von Hannover entfernt wie Hannover von Oldenburg.

Lassen Sie uns nun zur eigentlichen Aufgabe der Roten Karte übergehen, nämlich kritisch Stellung zu nehmen zu Ereignissen, Planungen, Absichten, Meinungen im Lande Niedersachsen. Es geschieht jetzt zum 13. Male; das Dutzend hat eine große Tageszeitung zum Anlaß genommen, die Frage zu stellen, was denn nun in jenen zwölf Jahren praktisch herausgekommen sei. Erfreulicherweise kam sie zu dem Ergebnis, daß doch ganz ansehnliche Buchungen auf der Habenseite verzeichnet werden konnten, selbstverständlich auch solche auf der Sollseite; per Saldo, wie die Kaufleute sagen, scheint doch wohl ein gewisser Gewinn erzielt worden zu sein, ganz gewiß nicht materiell, aber das haben wir ja auch nie erstrebt.

Besonders ehrenvoll ist es für uns, daß der Europarat die Rote Karte schon vor Jahren angefordert hat, sie regelmäßig bekommt und innerhalb Europas verteilt. Der Kulturausschuß hat sie für ein besonders wertvolles Beispiel regionaler Kulturarbeit erklärt.

Im letzten Jahr hat unsere Rote Karte zwei reizvolle Kennzeichnungen erfahren: Ein Beamter, der sich getroffen fühlte, fragte uns wörtlich: „Wollen Sie dieses Pamphlet nicht endlich einstellen? Wir konnten ihm nur erwidern, das läge keineswegs in unserer Absicht. Andererseits fand ein guter Freund für sie den scherzhaften Namen „Behördenwecker“. Das hören wir selbstverständlich lieber, möchten uns aber keineswegs nur an Behörden wenden, sondern an jeden unserer Mitbürger mit der Ermunterung zu sinnvollem Tun und mit Mahnung und Tadel, wenn sein Verhalten dem Ganzen schadet. Es war auch eine Freude für uns, im Jahresbericht der Oldenburg-Stiftung für 1971 die Rote Karte immer wieder zitiert zu finden.

Vor einigen Monaten hat in Stockholm eine UNO-Umweltschutzkonferenz unter dem Motto „Nur eine Erde“ stattgefunden; mit diesem Leitgedanken wollte man auf die weltweite Bedeutung des Umweltschutzes verweisen; es könnte deshalb die Frage aufgeworfen werden, ob eine Betrachtung dieser Dinge im niedersächsischen Rahmen sinnvoll sei. Wir

**Umwandlung
in eine Körperschaft
öffentlichen Rechts nötig!**

Aufgaben der Roten Karte

**Würdigung
durch den Europarat**

**Pamphlet
oder Behördenwecker?**

**Weltweite Bedeutung
des Umweltschutzes**

meinen, das sei durchaus der Fall; wir möchten Beispiele behandeln, einzelne Fälle, die uns von grundsätzlicher Bedeutung zu sein scheinen, aber wir verzichten darauf, hundertfach mit immer wieder neuen Argumenten vorgebrachte Erklärungen zu wiederholen, daß, warum und wie Umweltschutz nötig sei. Dieses erst vor wenigen Jahren geschaffene Wort hat große Volkstümlichkeit erlangt; wir freuen uns darüber, weil es einen Teil der Heimatarbeit ausmacht, glauben allerdings, daß diese letztere weiter und vor allem tiefer reicht. Unsere Bestrebungen gehen zwar auch vom Verstand aus, aber mehr noch vom Gefühl und vom Gemüt, und diese Kräfte scheinen uns auf die Dauer wirksamer zu sein als der bloße Verstand.

Niedersachsen, organisch entstanden aus tausendjähriger Wurzel, wird neuerdings von kühlen Rechnern in Frage gestellt. Ob ein auf dem Papier entworfener „Nordweststaat“ lebensfähiger sein wird als Niedersachsen heute, wagen wir zu bezweifeln. Aber selbst wenn es zu einer solchen Schöpfung käme, würde unsere Aufgabe auch künftig den niedersächsischen Raum umfassen, genau wie es die Oldenburg-Stiftung mit dem Oldenburger Raum tun würde, wenn größere Verwaltungseinheiten gebildet werden.

Nun aber zu den Dingen, die uns unmittelbar beschäftigen. Herr Kultusminister, schon zweimal haben wir Sie bei Niedersachsentagen an jenen Werbespruch erinnert, von dem Ihre Wahl getragen wurde und den die Landesregierung kürzlich in einer Broschüre mit dem Titel „Halbzeit“ noch einmal besonders hervorgehoben hat: „Keine halben Sachen mehr!“ Das wird in jener Drucksache sogar noch als Versprechen bezeichnet mit dem Zusatz: „Dabei soll es bleiben.“

90% Was aber haben wir in Wirklichkeit erlebt? Das Land Niedersachsen hat im Haushalt des Jahres 1972 die Mittel für Naturschutz und Landschaftspflege um 90% auf 10% gekürzt, von einer Million auf 100.000 DM; waren die früheren 100% in Ihren Augen eine halbe Sache, so sind uns jetzt also 5% geblieben.

Für Bodendenkmalpflege und für Bau- und Kunstdenkmale stehen nur noch ganze je 50.000 DM zur Verfügung, und der Ankaufsetat der sechs Landesmuseen ist überhaupt gestrichen worden.

Insgesamt also 90 % weniger für Naturschutz und Landschaftspflege, kümmerliche Beträge für Bodendenkmalpflege sowie für Bau- und Kunstdenkmale, kein roter Heller für Ankäufe der Landesmuseen. Das kann uns selbstverständlich nur zu dem Stoßseufzer verleiten: „Hätten wir doch die früheren halben Sachen wieder!“

Dieses klare Versagen des Staates bestärkt uns aber in der seit Jahren erhobenen Forderung, einen Fonds für Landespflege zu schaffen, bei dem wir keineswegs an Steuermittel denken, sondern andere Möglichkeiten zu kennen glauben. Vor allem aber gehört in diesen Zusammenhang die Klosterkammer. Wir haben mehr als ein Jahrzehnt hindurch immer wieder erklärt, wir seien gern bereit, über jede vernünftige Anpassung an die Erfordernisse unserer Zeit zusammen mit den verantwortlichen Stellen nachzudenken, bäten aber dringend darum, die Selbständigkeit und Entscheidungsfreiheit der Klosterkammer nicht anzutasten. Trotzdem hat die Landesregierung versucht, eine erste Salamischeibe abzuschneiden, indem sie die Forstverwaltung an sich bringen wollte. Es war ein Urteil des Staatsgerichtshofes nötig, um die Verfassungswidrigkeit dieser Maßnahme festzustellen. Nun ist ja wohl eine neue Grundlage für Verhandlungen geschaffen worden; wir halten uns bereit, daran teilzunehmen.

Hier geht es um verhältnismäßig geringe Summen, doch verweisen wir andererseits auf folgendes: Die Deutsche Bundesbahn hat eine Werbedrucksache herausgegeben, mit der sie Verständnis dafür wecken will, daß sieben neue Bahnstrecken gebaut und andere verbessert werden müßten; das soll in der ersten Ausbaustufe bis 1985 die Summe von 31 Milliarden DM kosten. Die Bahn erklärt das für sehr bescheiden, weil Bund, Länder und Gemeinden für die gleiche Zeit Investitionen im Straßenbau im Umfang von 300 Milliarden veranschlagt hätten. Auch die Landesregierung betont in der vorher erwähnten Drucksache, bis 1985 sollten in Niedersachsen 1900 km neue Autobahnen gebaut werden, überdies

Nordweststaat?

„Halbzeit“

„Keine halben Sachen mehr!“

Kürzung von Mitteln um 90%

Fast nichts und wirklich nichts

Hätten wir doch die früheren halben Sachen wieder!

Fonds für Landespflege

Klosterkammer

31 Milliarden für die Bundesbahn

300 Milliarden für Straßenbauten

neue Häfen, neue Wasserstraßen, vergrößerte Flughäfen, von der U-Bahn in Hannover und zahlreichen industriellen Anlagen ganz abgesehen.

Das Niedersächsische Wirtschaftsministerium hat vor der Presse erklärt, ein Kilometer Autobahn koste 6 Millionen Mark. Die so dringend nötige eine Million für Naturschutz und Landschaftspflege könnte also aufgebracht werden, wenn man nur rund 170 m (nicht etwa km) Autobahn weniger bauen würde.

Sind das nicht Bekundungen, die tief nachdenklich machen müssen? Für das wirtschaftliche Wachstum ist kein Opfer zu groß, dafür werden Anlagen jeder Art gebaut, dafür muß der Verkehr schneller laufen als je zuvor, dafür kann es überhaupt keine Grenzen geben: Immer größer, immer schneller, immer rasender - aber wohin denn, wie weit denn, zu welchem Ziel denn?

Wird die Menschheit wirklich glücklicher, wenn sie nur noch vom Gesetz des wirtschaftlichen Wachstums beherrscht wird, wenn Naturschutz und Landschaftspflege, wenn wertvolle Bauten und wichtige Kunstwerke dagegen praktisch überhaupt keine Rolle spielen, wie sich aus den genannten Zahlen ablesen läßt? Wir sind keine Theologen, aber hier drängt sich doch geradezu zwangsläufig das Bibelwort auf: „Was hülfte es dem Menschen, so er die ganze Welt gewönne und nähme doch Schaden an seiner Seele?“

Nun aber vom Grundsätzlichen zu den Arbeitsgebieten, die uns beschäftigen, und zu den einzelnen Themen, die der Öffentlichkeit unterbreitet werden sollen. Wir fordern jedes Jahr immer wieder durch Rundschreiben und Pressenotizen dazu auf, uns Anregungen für die Rote Mappe zu geben; Hunderte von Zuschriften und sonstigen Hinweisen gehen dann ein. Sie alle werden von uns so sorgfältig wie möglich geprüft, denn wir möchten natürlich nur Bekundungen vertreten, die den Tatsachen, einer vernünftigen Abwägung der Möglichkeiten und unserer eigenen Meinung entsprechen.

Dieses Jahr wie auch in den vorhergehenden bezogen sich die weitaus meisten Meldungen auf das von der Landesregierung so stiefmütterlich behandelte Gebiet des Naturschutzes und der Landschaftspflege; es zeigt sich also, wie groß gerade hier die Sorgen und Gefahren sind.

Dabei müssen wir aber auch erkennen, daß die uns am Herzen liegenden Bestrebungen nicht jenen vollen Wind in den Segeln haben, der das Schiff des Umweltschutzes allgemein jetzt überall vorwärts treibt. Luft, Wasser und Lärm bilden eine Dreieit, über die kein Wort mehr verloren zu werden braucht, aber Naturschutz und Landschaftspflege, in gewissem Sinne auch Bau- und Bodendenkmalpflege genießen keineswegs jene verbreitete Popularität. Vielleicht liegt es daran, daß diese Dinge noch nicht jene Angstpsychose ausgelöst haben, die heute mit Wasser, Luft und Lärm in Verbindung gebracht wird. Die drohenden Dauerschäden sind hier schwerer zu erkennen, aber ganz gewiß nicht weniger verhängnisvoll als dort.

Im vorigen Jahre haben wir den Bericht der Landesregierung über den Stand des Umweltschutzes und der Umweltpflege in Niedersachsen besonders begrüßt und einige Abschnitte daraus in der Roten Mappe zitiert. Anschließend haben wir allerdings auch gefragt: Was geschieht denn nun? Inzwischen ist wirklich etwas geschehen, nämlich jene schon erwähnte Kürzung der Landesmittel von 1 Million auf 100.000 DM. Damit sollen nun also in ganz Niedersachsen wertvolle Flächen gekauft, gepachtet und unterhalten, damit solchen Planungen, Forschung und Dokumentation betrieben werden!

Sicherlich wird die Gegenfrage kommen: An welcher Stelle im Landeshaushalt könnte denn eine entsprechende Summe eingespart werden? Wir glauben ganz allgemein, daß die Prioritäten völlig aus den Fugen geraten sind, daß es viele Ansätze gibt, die ohne weiteres gekürzt werden könnten. Jene Aufwendungen, die nur dazu dienen, das wirtschaftliche Wachstum immer größer, immer schneller, immer hektischer werden zu lassen, haben wir schon erwähnt. Aber auch in der Landschaft selbst scheint uns manches vordergründig falsch zu sein, was man dort für nötig und andererseits für überflüssig hält. Ist es z. B. nicht allmählich sinnlos geworden, immer noch neue landwirtschaftliche Nutzflächen zu schaffen, obwohl die Landwirtschaft zurückgeht? Müssen immer noch Naßgebiete ausgetrocknet, Wasserläufe

Wirtschaftliches Wachstum zu welchem Ziel?

Viele Anregungen für die Rote Mappe

Luft, Wasser und Lärm

Was geschieht nach dem Bericht der Landesregierung?

Prioritäten aus den Fugen geraten!

ihrer natürlichen Zustandes beraubt und ähnliche Maßnahmen getroffen werden? Wir haben den ganz bestimmten Eindruck, daß hier vieles geschieht, weil es unter anderen Verhältnissen vor langer Zeit einmal beschlossen worden ist und nun gedankenlos fortgesetzt wird. Man hat uns von Bauern in Ostfriesland berichtet, deren feuchte Weiden im Binnenlande trockengelegt werden sollten, obwohl ihre Überspülung bevorstand. Das wäre ein wirklicher Schildbürgerstreich!! Wer würde wohl ein Haus neu malen, bevor es abgerissen wird?

Auch eine andere Möglichkeit, viele Millionen zu sparen, sollte sorgfältig geprüft werden: Wir wissen genau, daß unsere Zukunft vom Fortschritt wissenschaftlicher Erkenntnisse abhängt, fragen aber doch, ob bei mancher Hochschule die Hunderte von Millionen Mark, die das Land jährlich aufbringt, so wirksam werden, wie es nur eine einzige Million für die Landespflege wäre.

Muß wirklich jedes Institut teuerste Geräte ganz für sich allein haben? Muß jedes seine eigene Werkstatt betreiben? Sind alle kleinen und kleinsten Seminar- und Institutsbibliotheken unbedingt nötig? Könnte man nicht oft ein Verbundsystem für Geräte, Werkstätten und Bibliotheken schaffen, es rationell verwalten und damit viel mehr als jene einzige Million sparen? Bei zentralen Rechenanlagen sind doch immerhin schon gewisse Anfänge gemacht worden.

Mindestens im Jahre 1973 müssen die Mittel für Naturschutz und Landschaftspflege mit weit mehr als jener Million ausgewiesen, auch Bodendenkmalpflege, Bau- und Kunstdenkmale sowie Ankäufe durch Landesmuseen müssen endlich wieder vernünftig berücksichtigt werden, und im übrigen fordern wir mit aller Schärfe, daß bei dem in der Beratung befindlichen Landesentwicklungsplan diese Bestrebungen gebührend Beachtung finden. Alles das, womit man Geld verdienen kann, drängt sich kräftig in den Vordergrund, und für die Schwerpunkte Wasser, Luft und Lärm sorgt eine breite öffentliche Meinung. Die hier erwähnten Teile des Umweltschutzes aber stehen abseits in einer unverkennbaren Flaute. Möchte doch die Landesregierung und möchte die Allgemeinheit erkennen, wie verhängnisvoll eine solche Zurückstellung ist!

In jener Broschüre „Halbzeit“ haben wir mit Interesse von dem neuen Planungsstab gelesen, den die Landesregierung in der Staatskanzlei eingerichtet hat; seine Aufgabe soll es sein, „gemeinsam mit den Planungsbeauftragten in den Ministerien alle Maßnahmen, die für die Entwicklung des Landes von Bedeutung sind, zu koordinieren.“ Wir würden sehr gern erfahren, was aus der bisher zweijährigen Arbeit herausgekommen ist.

Die Naturschutzbehörden sollten im übrigen auf allen Verwaltungsebenen personell und materiell zu Landespflegebehörden ausgebaut werden; entsprechende Empfehlungen dazu hat der Deutsche Rat für Landespflege aufgestellt. Immerhin gibt es in allem Dunkel doch auch schon ein paar Lichtblicke: Beim Dezernat für Naturschutz und Landschaftspflege im Niedersächsischen Landesverwaltungsamt ist ein neues Sachgebiet für Tierartenschutz geschaffen worden, und der Landtag hat unserem seit Jahren vorgetragenen Wunsch entsprochen, auch beim Regierungspräsidenten in Osnabrück die Stelle eines Landespflegers zu schaffen. Die entsprechende Eingabe ist der Landesregierung „zur Berücksichtigung“ überwiesen worden, und damit haben wir erfreulicherweise die Gewähr, daß die Stelle nun 1973 eingerichtet wird.

Die elf deutschen Länder haben eine Arbeitsgemeinschaft für Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung gegründet, die inzwischen Leitsätze für ein neues Naturschutzrecht beschlossen hat. Zum Vorsitzenden wurde unser Beiratsmitglied und guter Freund Ministerialrat Kurt Gaede gewählt, ein Beweis des Ansehens, das er in der gesamten Bundesrepublik genießt.

Das Bundesgesetz für Landschaftspflege und Naturschutz wird weiterhin beraten; im Entwurf ist leider nicht das Klagerecht anerkannter Organisationen enthalten, das vom Deutschen Rat für Landespflege, dem Deutschen Naturschutzring, dem Deutschen Heimatbund und anderen Spitzenverbänden gefordert wird. Wir haben an die drei Fraktionen des Bundestages geschrieben und dringend darum gebeten, die vorgeschlagene Bestimmung in den Entwurf aufzunehmen. Das geschah nicht nur im eigenen Namen, sondern federführend auch für die Arbeitsgemeinschaft niedersächsischer Verbände für Umweltschutz. In ihr haben sich im letzten Jahre mit uns zusammengeschlossen der Bund für

**Einsparungen
an den Hochschulen?**

**Erhöhung der Mittel
dringend nötig!**

**Planungsstab
der Landesregierung**

**Landespflegebehörden
auf allen Verwaltungsebenen!**

**Arbeitsgemeinschaft
der Länder
unter nieders. Vorsitz**

**Klagerecht der Verbände nach
Bundesrecht!**

**Neue Arbeitsgemeinschaft in
Niedersachsen**

Naturschutz und Landschaftspflege in Niedersachsen, der Landesverband Niedersachsen der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald, die Landesjägerschaft Niedersachsen und die Norddeutsche Arbeitsgemeinschaft Deutscher Gebirgs- und Wandervereine. Wir freuen uns über diese neue Bundesgenossenschaft, in der nun alle grundsätzlichen Fragen abgestimmt werden. Das verleiht den von uns erhobenen Forderungen noch mehr Nachdruck als bisher; insgesamt haben diese Verbände immerhin mehr als 100.000 Mitglieder.

Ein weiterer Lichtblick ist das **Bodenabbaugesetz**, das wir ursprünglich angeregt und ausgearbeitet haben und das nun vom Landtag verabschiedet worden ist. Wir begrüßen das sehr, aber jetzt hängt natürlich alles von seiner Anwendung ab; hoffentlich entspricht sie den Erwartungen. Mit Genugtuung erfüllt es uns, daß auch die Nachbarländer Nordrhein-Westfalen und Hessen nach unserem Muster an einem gleichen Gesetz arbeiten.

Bodenabbaugesetz

Sehr wichtig ist auch das in der Beratung befindliche **Niedersächsische Landeswaldgesetz**, das den freien Zugang zum Wald für die allgemeine Erholung sicherstellt. Viele geradezu verzweifelte Meldungen aus allen Teilen des Landes berichten aber auch davon, in welchem Maße der Wald gerodet und irgendwelchen gewerblichen Nutzungen zugeführt, von Straßen zerschnitten und für alle möglichen anderen Zwecke in Anspruch genommen wird. Gerade auch aus dem waldarmen Oldenburger Land kommen entsprechende Meldungen. Eine ganze Reihe von Verbänden hat deshalb zusätzliche Bestimmungen gefordert, die vor allem dem Bestandsschutz des Waldes dienen sollen, fachkundiger Bewirtschaftung, Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit, der Tier- und Pflanzenwelt in ihrer ganzen Vielfalt und ähnlichem. Wir haben dem Landtag eine ausführliche schriftliche Stellungnahme zugehen lassen.

Landeswaldgesetz

Man sollte auch die **Schaffung von Erholungsgebieten** neu durchdenken und es nicht zulassen, daß aus reinem Gewinnstreben unberührte Landschaften zerstört werden. Für sogenannte Erholungszentren und Campingplätze besteht ein großes Bedürfnis, aber man darf sie nicht dem Zufall überlassen, sondern muß sorgfältig planen, wohin sie gehören und wohin nicht. Rücksicht auf die Pflanzen- und Tierwelt sollte ein wichtiger Gesichtspunkt sein. Ein Sonderfall auf diesem Gebiet sind die Seen unseres Landes; darauf kommen wir an einer späteren Stelle noch zurück.

Erholungsgebiete

Zunächst aber lassen Sie uns zu einem besonders wichtigen und drängenden Problem übergehen, nämlich zu den Gefahren, die auf **Flußmündungen und See, auf Watt und Küste** zukommen. Auch hier greift die Technik in riesigem Umfang und auf vielfältige Weise nach der noch wenig gestörten Natur.

Gefahren für Flußmündungen und See, Watt und Küste

Es soll keineswegs verkannt werden, daß es wirtschaftlich sinnvoll ist, in diesem Raum Industrie anzusiedeln, aber die Auswirkungen auf das gesamte pflanzliche, tierische und menschliche Leben in weitem Umkreis wird man mit größter Sorgfalt beobachten müssen. Es ist dringend nötig, entsprechende Forschungen zu veranlassen, damit sich z. B. das Unglück jener Bleivergiftung nicht wiederholt, das von der Zinkhütte in Nordenham ausgegangen ist.

Was an neuen Plänen durchsickert, ergibt zunächst ein bedrückendes Bild: Bei Nordenham entstehen ein großes Werk der Asbestos und vor allem ein riesiges Kernkraftwerk. Hamburg verfolgt wahrhaftig gigantische Pläne, im Watt bei Neuwerk und Scharhörn in großem Umfang Industrie aufzubauen. Cuxhaven plant die Ausweisung eines neuen Industriegebietes in Richtung Otterndorf.

Nordenham

Der Große Knechtsand ist wieder einmal im Gespräch als Bombenzielgebiet, außerdem aber werden Pläne erörtert, im Watt einen Flughafen nur für Frachtflugzeuge anzulegen. Die Holländer bleiben bei ihrer Absicht, große Mengen Dreck in den Dollart einzuleiten, wenn auch nach einer gewissen Klärung; auch sonst haben Flüsse und See unabsehbare Massen an Abfällen aufzunehmen, von der immer wieder auftretenden Ölpest ganz zu schweigen.

Umfangreiche Pläne

Es ist auch zu fragen, ob die einzelnen Industriewerke immer in ihrer ganzen Ausdehnung am Ufer liegen müssen, ob es nicht oft möglich ist, sie in die Tiefe zu staffeln, um wertvolles Ufergelände freizuhalten. Die Industrie und die Träger der öffentlichen Belange sollten im Übrigen einsehen, daß sie für ihre Pläne das Vertrauen der Bevölkerung brauchen. Man darf die Absichten nicht erst dann bekanntgeben, wenn schon alles beschlossen und bis in die

Industrie

letzten Einzelheiten festgelegt worden ist, also keine Änderung mehr vorgenommen werden kann. Rechtzeitige öffentliche Erörterung würde viel Mißtrauen beseitigen und manche später nur schwer zu überwindenden Widerstände abfangen. Besonnenheit auf beiden Seiten, Einsicht in die oft im Gegensatz zueinander stehenden Notwendigkeiten scheinen uns wichtig zu sein für eine vernünftige Entwicklung.

Je mehr Flächen an der Küste wirtschaftlichen Zwecken zur Verfügung gestellt werden, um so mehr sollte man dem Erholungswert der von der Industrie freizuhaltenden übrigen Küstenstriche alle Aufmerksamkeit widmen. Ihre Bedeutung steigt ja auch schon dadurch, daß jedes neue Werk weitere Menschen in das Gebiet holt, denen angemessene Erholungsflächen zur Verfügung stehen müssen.

Mit den Hamburger Planungen vor Cuxhaven hat sich auch der Norddeutsche Parlamentsrat beschäftigt, dem Mitglieder der vier Landesparlamente angehören. Er hat die Empfehlung ausgesprochen, die vier Regierungen möchten einen gemeinsamen Raumordnungsbericht für das Küstenland vorlegen und die Belange von Natur- und Umweltschutz von vornherein berücksichtigen. Hier scheint es aber wirklich nur zwei Möglichkeiten zu geben: Urlauber oder Industrie - beides läßt sich dort bestimmt nicht vereinigen.

Cuxhaven

Wir wehren uns aber auch dagegen, nur diese Alternative zu sehen; nicht der Mensch allein hat ein Daseinsrecht auf dieser Erde, sondern ebenso haben es sicherlich auch Pflanzen und Tiere, die ohnehin nur noch auf Reservate verwiesen werden. Ein solches Schutzgebiet ist z. B. der schon erwähnte Große Knechtsand in der Wesermündung, ein von der internationalen Wissenschaft als besonders wertvoll anerkanntes einzigartiges Vogelschutzgebiet. Die britische Luftwaffe hat es als Bombenziel aufgegeben, nachdem ihr seine Bedeutung klar geworden war; ein dort geplanter großer Rummelplatz konnte gar nicht erst verwirklicht werden, als sich einmütiger Protest aus allen Teilen der Bevölkerung dagegen wehrte. Jetzt aber wird offenbar doch wieder daran gedacht, den Knechtsand für Bombenabwürfe vorzusehen; es wäre unverzeihlich, diese Absicht weiter zu verfolgen!

Knechtsand

Unsere ganze Sympathie gehört den Gegenkräften, die glücklicherweise tätig sind. Politiker, Vertreter wissenschaftlicher und landespflegerischer Institutionen, andere Vereinigungen und Privatleute wollen eine „Schutzgemeinschaft Nordseeküste“ gründen, die sich des gesamten Gebietes von der Ems bis zur Insel Sylt annehmen soll. Sie betonen die Tatsache, daß die Nordseeküste zugleich Lebens- und Wirtschaftsraum sowie bevorzugte Erholungslandschaft von umfassender Bedeutung ist. Aber auch die menschlichen Lebensnotwendigkeiten könnten, wie sie erklären, ohne Natur- und Umweltschutz nicht dauerhaft gesichert werden.

**Schutzgemeinschaft
Nordseeküste**

Beim Verwaltungspräsidenten in Oldenburg ist eine Projektgruppe Jade gebildet worden, in der alle von wirtschaftlicher und landesplanerischer Seite daran beteiligten Stellen vertreten sind. Wir nehmen als selbstverständlich an, daß nun auch noch die Landespflege hinzugezogen werden wird.

Projektgruppe Jade

Wir benutzen die Gelegenheit, Herrn Präsidenten Haßkamp zu erklären, daß alle uns zugegangenen Meldungen von Vertrauen und Achtung zu ihm erfüllt sind. Es ist sicherlich auch sein Verdienst und dasjenige seiner Mitarbeiter, wenn das Oldenburger Land zu den gepflegtesten Landschaften in ganz Niedersachsen gehört.

**Verwaltungspräsident
Haßkamp**

Wir verlassen die großen Wasserflächen des Meeres und der Flußmündungen und wenden uns den vielen kleinen Wasserflächen unserer Binnenseen zu. Es ist sehr natürlich und in jeder Weise zu fördern, wenn sich jung und alt an schönen Tagen zum Wasser drängen, dort baden und spielen, schwimmen, rudern, segeln und was sonst noch alles möglich ist. Ein solcher Quell der Gesundheit soll selbstverständlich jedermann zugänglich sein, aber damit haben wir schon ein entscheidendes Wort ausgesprochen: jedermann!

Binnenseen

Es bedeutet zunächst einmal die Forderung, daß der Zugang zum Wasser allgemein frei sein soll, möglichst wenig beschränkt durch private Absperrungen, wie das z. B. von der bayerischen Verfassung gefordert und durch entsprechende Maßnahmen sichergestellt wird. Es bedeutet aber auch eine vernünftige Ordnung unter all den vielen Menschen, die am

Wasser ihre Erholung suchen. Wenn dort schrankenlos Ferienhäuser gebaut und Campingwagen in unabsehbarer Menge aufgestellt werden, wenn überall Rummelplätze entstehen, wenn lauter Jahrmarktsbetrieb entfaltet wird, wenn Motorboote über den See knattern, wenn andere Motoren auf dem Lande und möglichst auch noch in der Luft ihren Krach vollführen - dann ist es sicherlich mit erholsamer Ruhe vorbei. Manche Menschen lieben es seltsamerweise, den Alltagslärm, der unsere Städte und unsere Arbeitswelt erfüllt, auch in der Freizeit und im Urlaub wiederzufinden, aber Sinn vernünftiger Erholung kann es doch sicherlich nur sein, der Hast und dem Lärm zu entfliehen und eine stillere Umgebung zu suchen.

Unter diesen Gesichtspunkten wird es nötig sein, auch bei solchen Seen, die dem Badebetrieb geöffnet werden sollen, für eine angemessene Planung zu sorgen. Man kann es unmöglich dem stärksten Ellbogen in der Menge überlassen, sich durchzusetzen, wie er gern möchte. Wir werden Beispiele nennen, bei denen die Planung offenbar gut gelungen ist, und andere, bei denen es nicht der Fall ist, bis hin zu abschreckenden Gegenbeispielen, die deutlich machen, wohin es auf keinen Fall kommen darf.

Bejaht man also wirklich von Herzen jede Erholung am Wasser, so muß doch aber auch hier wieder betont werden, daß der Mensch nicht allein auf dieser Welt ist. Wenigstens einige Seen müssen von jedem Badebetrieb ausgenommen werden und ganz der Pflanze und dem Tier überlassen bleiben, die dort oft seit Jahrtausenden ihr Heimatrecht haben.

Das **Steinhuder Meer** ist das größte derjenigen Gewässer, die mindestens seit dem Beginn des technischen Zeitalters der menschlichen Erholung dienen. Unter dem Massenansturm der letzten Jahre ist vieles an seinen Ufern in Unordnung gekommen, vor allem am Nordufer, wo sich die Behörden nun darüber streiten, wie es entwickelt werden soll. Gegen die dort im Gespräch befindlichen Hochhäuser haben wir uns mit aller Schärfe ausgesprochen, außerdem tun wir es gegen die Anlage eines Luftlandeplatzes in nächster Nähe. Er würde nur einer kleinen Gruppe wohlhabender Leute dienen, alle anderen aber in unerträglicher Weise stören. Mit mancherlei Maßnahmen zur Pflege der Landschaft gibt sich der Verband Großraum Hannover viel Mühe.

Steinhuder Meer

Beim **Dümmer** mußte das Baden verboten werden, weil das Wasser nach der Eindeichung des Sees unerträglich verschmutzt war. Erfreulicherweise ist nun in diesem Jahr der Naturpark Dümmer gegründet worden, und nun wirkt auch das Nachbarland Nordrhein-Westfalen daran mit, den Wasserhaushalt wieder in Ordnung zu bringen. Hier besteht also die Hoffnung, daß der volle Erholungsbetrieb wieder aufgenommen werden kann.

Dümmer

Beim **Großen Meer** in Ostfriesland wurden die Zustände allmählich unerträglich. Zahllose Menschen strömen regelmäßig zu diesem See, und viele der erwähnten Übelstände traten dort auf. Der Regierungspräsident in Aurich hat deshalb eine Landschaftsschutz-Verordnung erlassen, die dort nun dieselben „Verkehrsregeln“ gelten läßt wie auch auf dem Dümmer, dem Steinhuder Meer und dem Zwischenahner Meer.

Großes Meer

Wir haben ganz allgemein Veranlassung, Herrn **Regierungspräsidenten Beutz** in Aurich unsere herzliche Sympathie für die feste Art auszusprechen, in der er das allgemeine Beste seines Bezirks gegen hart verfolgte persönliche Interessen wahrt. Als „eine noch rechtzeitige Mahnung“ hat er einen Artikel veröffentlicht unter der Überschrift „Ostfriesland am Scheidewege“, in dem wir jedes Wort unterschreiben können. Er betont den unwiederbringlichen Wert landschaftlicher Gegebenheiten, wendet sich gegen das profitsuchende Geschäft mit der Freizeit, gegen maßlose Ansprüche, gegen einen nie wieder gutzumachenden Verbrauch an Natur, gegen überhandnehmende Ferienhäuser in hoher und niedriger Form, gegen die Absperrung von Ufern, gegen jede kurzsichtige und gnadenlose Technik. Er ruft dazu auf, gemeinsame Anstrengungen zu machen, um gleichwertige Lebensgrundlagen für alle Menschen zu erreichen. Wenn wir Herrn Beutz dabei helfen können, so stehen wir ihm immer herzlich gern zur Verfügung!

Regierungspräsident Beutz

Auch andere Seen entwickeln sich gut, so die **Thülsfelder Talsperre** dank des Zweckverbandes, der sich zum Ziel gesetzt hat, die Landschaft zu erhalten und zupflegen, die

Thülsfelder Talsperre

Tier- und Pflanzenwelt zu schützen und durch geeignete Maßnahmen eine naturnahe Erholung zu ermöglichen.

Ähnliche Hoffnungen sind zu verknüpfen mit dem geplanten Wildeshäuser See, der in der Hunteniederung bei Wildeshausen vorgesehen ist. Solche Stauseen sollen auch in anderen Teilen des Landes Niedersachsen angelegt werden, so an der Wümme im Landkreis Rotenburg. Für die Erholung sind diese Maßnahmen sinnvoller, als wenn Flußtäler nur aufgeforstet werden. Im Regierungsbezirk Lüneburg entstehen vier gut überlegte neue Seen, die alle der Erholung dienen sollen: Der Hardau-See bei Hösseringen (Kreis Uelzen), der Parksee bei Bodenteich (Kreis Uelzen), der Gartower See (Kreis Lüchow-Dannenberg) und der Lopau-See bei Amelinghausen (Kreis Lüneburg). Sie alle sind in jeder Beziehung schöne neue Anlagen.

Dem Hochwasserschutz und auch Erholungszwecken soll ein neues Rückhaltebecken an der Hase im Landkreis Bersenbrück dienen. Unter Beteiligung namhafter Wissenschaftler wird ein Landschaftspflegeplan ausgearbeitet, der sich bemüht, die verschiedenen Nutzungen sinnvoll gegeneinander abzugrenzen.

Durchaus negativ ist dagegen die Entwicklung an den beiden folgenden Seen zu beurteilen:

An der Ostemündung bei Stade befindet sich ein wichtiger Lebensraum für eine Fülle von Sumpf- und Wasservögeln, deren Bestand in weiten Teilen Europas ständig zurückgeht. Jetzt ist dort an einem stillgelegten Arm der Oste ein großes Freizeitzentrum mit Wochenendhäusern, Gaststätten usw. im Entstehen, das im Sommer 30.000 Besucher monatlich erwartet. Das angrenzende Naturschutzgebiet, auch als Raststätte des internationalen Vogelzuges von großer Bedeutung, gerät nun in höchste Gefahr.

Ein abschreckendes Beispiel, wie man es nicht machen darf, ist der Springhorstsee im Landkreis Burgdorf. In einer Heide- und Bruchlandschaft, die in der Planung des Großraums Hannover als Erholungsschwerpunkt ausgewiesen wird, ist durch Sandgewinnung für den Autobahnbau ein See entstanden, für dessen richtige Gestaltung der Großraum und das Landesverwaltungsamt Vorschläge gemacht haben. Sie sind nicht beachtet worden, vielmehr hat der Eigentümer daraus einen reinen Rummelplatz gemacht, auf dem Hunderte von Campingwagen eine Blechwüste bilden. Hier ist nichts von irgendeiner vernünftigen Ordnung zu erkennen.

Einige Seen schließlich müßten als Naturschutzgebiete völlig von jedem Verkehr freigehalten werden:

Der Dahlemer See im Elbe-Weser-Dreieck liegt als flaches Gewässer in ausgedehnten Mooren mit unbesiedelten Ufern; er gehört zu den wenigen noch ungestörten natürlichen Seen unseres Landes, die sich in Jahrtausenden entwickelt haben und zahlreiche wertvolle Naturerscheinungen besitzen. Wegen seiner geringen Tiefe, wegen seines torfigen, muddigen Untergrundes und seiner aus Moor bestehenden Umgebung ist er für Erholungszwecke überhaupt nicht geeignet, während in der Nähe der Bederkesaer und der Flögelner See diese Aufgaben erfüllen. Trotzdem will die Gemeinde Neuenwalde unter der Bezeichnung „Ferienhausgebiet Bornmoor“ den Fremdenverkehr an jenen See heranzuführen. Das darf auf keinen Fall zugelassen werden.

Ein anderes Gewässer, das ebenfalls dem Fremdenverkehr nicht erschlossen werden darf, ist der Seeburger See im Landkreis Duderstadt. Er zeigt alle wichtigen Verlandungszonen und viele selten gewordene Pflanzengesellschaften, eine Fülle noch ungestörter Lebewesen; vor allem besitzt er größte Bedeutung für die Vogelwelt, die in weitem Umkreis über die Landesgrenzen hinaus nur hier einen angemessenen Lebensraum findet. Über 200 Arten sind als Brutvögel, Durchzügler und Wintergäste nachgewiesen worden, manche in Tausenden von Exemplaren. Die Gemeinde Seeburg hat nun auch hier die Absicht, das Gebiet in ein „Erholungszentrum“ umzuwandeln. Im Einvernehmen mit dem Deutschen Bund für Vogelschutz und einer ganzen Reihe anderer Institutionen wenden wir uns gegen diese Pläne. Die schon am See vorhandenen Erholungseinrichtungen, vor allem das Freibad und der kleine Bootshafen, können in ihrer jetzigen Form bestehen bleiben, die geplante Ausweitung aber darf nicht durchgeführt werden.

Weitere Seen

Rückhaltebecken an der Hase

Ostemündung

Springhorstsee

Dahlemer See

Seeburger See

Nicht minder scharf wenden wir uns gegen die Beeinträchtigung des Blanken Flats im Großraum Hannover; durch das in der Nähe geplante „Feriendorf Esperke“ würde es unmittelbar gefährdet werden. Glücklicherweise hat der Regierungspräsident die Planung nicht genehmigt.

Blankes Flat

Ähnlich steht es mit dem Darnsee bei Bramsche, einem wertvollen Naturschutzgebiet, das ebenfalls zu einem Freizeitzentrum entwickelt werden sollte. Nachdem der Regierungspräsident in Osnabrück erklärt hatte, er würde das nicht genehmigen, soll nun an anderer Stelle ein neues Frei- und Hallenbad entstehen.

Darnsee

Schließlich setzen wir uns wieder für zwei Binnenseen in Ostfriesland ein: Das Bansa Meer darf nicht überschlickt, und das Boekzeteler Meer nicht eingedeicht werden, sondern muß mit seinem Umland als Naturschutzgebiet erhalten bleiben.

Bansa Meer

Von den Seen zu amphibischen Gebieten zwischen Land und Wasser, zu Sumpf und Moor. In dem jahrelang gefährdeten Drömling bei Braunschweig bahnt sich glücklicherweise eine positive Entwicklung an. Die Landesforstverwaltung hat der Einrichtung von drei Naturschutzgebieten zugestimmt und der Landkreis Gifhorn ein weiteres Gelände unter Landschaftsschutz gestellt. Der Verwaltungspräsident in Braunschweig hat den Plan abgelehnt, durch das Gebiet eine Eisenbahnlinie zu führen. Jetzt kommt alles darauf an, den Entwicklungsplan für den Drömling weiter zu verwirklichen; nur so kann diese in der Bundesrepublik einmalige Sumpf- und Bruchwaldlandschaft mit der ganzen Vielfalt ihres Tier- und Pflanzenlebens erhalten bleiben.

Drömling

Einen krassen Gegensatz dazu bietet die Esterweger Dose im nördlichen Emsland, früher einmal ein riesiges Moor, dessen zentraler Teil unter Naturschutz stand. Jetzt ist es durch Entwässerung und Torfgewinn völlig zerstört und nicht mehr zu retten. Die Naturschutzbehörden sollten prüfen, ob man auf den abgetorften Flächen später einmal wieder ein neues Moor wachsen lassen kann, um dort wenigstens noch einen Restbestand dieser besonderen Pflanzen- und Tierwelt wiederzugewinnen. Wir haben in unserer Roten Mappe jahrelang immer wieder darauf hingewiesen, wie unverantwortlich es sei, die früher einmal so umfangreichen Moorflächen unseres Landes fast ganz verschwinden zu lassen. Ein besonders negatives Beispiel ist die Esterweger Dose.

Esterweger Dose

Sehr oft kann man sagen: Weniger Kultivierung ist mehr Kultur!

Daß sich der Landkreis Cloppenburg bemüht, das Hemelter Moor wegen seiner besonderen Eigenart unter Naturschutz zu stellen, ist eine erfreuliche Nachricht. Am besten wäre es, die Fläche zu kaufen; einen Zuschuß aus Landesmitteln dafür befürworten wir dringend.

Hemelter Moor

Auch der Landkreis Wesermarsch in Brake macht sich Gedanken um die letzten erhaltenen Moorflächen; das verdient jede Unterstützung.

Brake

Im Landkreis Lüchow-Dannenberg wenden sich Naturwissenschaftler gegen übermäßige Maßnahmen zur Entwässerung und Flurbereinigung. Es werde dabei wenig Verständnis aufgebracht für alte Baumbestände, Feuchtgebiete, Uferbewuchs und dergleichen, so daß zunächst eine Kultursteppe, später aber eine wirkliche Steppe drohe. Zahlreiche Tier- und Pflanzenarten, die namentlich aufgeführt werden, ständen vor der Ausrottung; den Rückgang der Storchennester könne man überall beobachten.

Lüchow-Dannenberg

Auch bei der Dumme im gleichen Landkreis besteht die dringende Gefahr, daß weite Niederungen und sogar die Hohe Geest durch Störung des natürlichen Wasserhaushalts beeinträchtigt werden, wenn die geplante Flußregulierung durchgeführt wird. Andererseits soll dort ein Naturpark entstehen; schon deshalb müßte die Landschaft für Forschung und Erholung geschützt und gepflegt werden, und die Dumme sollte man weiterhin als ihr lebendiges Zentrum betrachten.

Dumme

Den Aller-Leine-Oker-Plan hebt die Landesregierung in ihrer „Halbzeit“ als besondere Leistung hervor und betont, sie habe ihn mit 35 Millionen DM gefördert. Auch hier können wir uns den Hinweis auf die dem Naturschutz gestrichene einzige Million nicht versagen; nach unserer Meinung ergäbe sich an dieser Stelle durchaus die Möglichkeit, jenes

Aller-Leine-Oker-Plan

Geld einzusparen. Wir haben schon früher die Frage gestellt, ob es nicht längst an der Zeit sei, den Aller-Leine-Oker-Plan neu zu durchdenken, da doch mindestens ein Teil seines Zweckes, nämlich der Schutz landwirtschaftlicher Nutzflächen, nicht mehr die Bedeutung habe wie noch vor einigen Jahren. Abgesehen davon haben niedersächsische und internationale Stellen darum gebeten, wenigstens drei kleine Abschnitte der Flußmarsch an der unteren Aller von der Entwässerung zu verschonen. Es blieben dann doch einige Beispiele für Schönheit und Charakter einer solchen Auenlandschaft mit ihrem Tier- und Pflanzenreichtum erhalten, zumal gerade dort wichtige Rastplätze von Zugvögeln beständen.

Eng im Zusammenhang mit diesen Maßnahmen steht der erschreckende Rückgang von Vogelarten, den weißen Storch haben wir schon erwähnt. Noch schlimmer ist es aber um den Graureiher bestellt; er darf nur noch im November und Dezember gejagt werden, aber selbst das ist zuviel, sein völliger Schutz ist zu fordern, wie es in anderen Bundesländern schon der Fall ist. Erfreulicherweise hat der Regierungspräsident in Hannover mehrere Brutplätze unter Naturschutz gestellt, und auch der Landkreis Ammerland bemüht sich sehr um eine Graureiherkolonie.

Graureiher

Eine andere Vogelart ist die auf den Feldern überwiegend nützliche Saatkrähe, deren Brutkolonien in weiten Landesteilen vollständig zerstört worden sind. Auch hier haben andere Bundesländer längst geeignete Maßnahmen ergriffen, Niedersachsen bisher aber noch nicht. Elf weitere Vogelarten dürfen in unserem Lande immer noch gejagt werden, obwohl sie vom Internationalen Rat für Vogelschutz wegen ihrer beängstigenden Abnahme auf die sogenannte „Rote Liste“ der besonders schutzbedürftigen Arten gesetzt werden mußten.

Saatkrähe

Eine erfreuliche Rundverfügung hat der Regierungspräsident in Lüneburg erlassen. Bei allen Maßnahmen, die in den Bestand der Landschaft eingreifen, seien die Belange der Landschaftspflege zu beachten. Moore, Seen, Kleingewässer, Bruch- und Auenwälder sollten von Meliorationsvorhaben ausgenommen oder wenigstens nicht nachteilig verändert werden. Grundsätzlich seien die noch vorhandenen naturnahen Gewässer nicht auszubauen. Ihre Selbstreinigungskraft, ihr Reichtum an Pflanzen und Tieren und ihre Bedeutung für die Erholung des Menschen beruhen wesentlich auf ihrer natürlichen Mannigfaltigkeit und den sich daraus ergebenden Lebensbedingungen. Auch Eingriffe in Wälder sollten so gering wie möglich gehalten und vor allem gewachsene Waldränder nicht beeinträchtigt werden. Das ist natürlich ganz in unserem Sinne.

**Regierungspräsident
in Lüneburg**

Namentlich die Wälder gelten sonst offenbar weiter als die Landschaftsform des geringsten Widerstandes, wenn es darum geht, allerlei technische Einrichtungen zu schaffen und vor allem Straßen zu bauen. Beispiele dafür haben wir immer wieder erwähnt, müssen aber nun auch noch die folgenden neuen anführen: Die Autobahn Wolfsburg - Salzgitter würde in der bisher geplanten Führung vier Landschaftsschutzgebiete zerstören sowie das Natur- und Wildschutzgebiet „Europareservat Riddagshausen-Weddeler Teiche“ von der freien Landschaft abschneiden und es durch Verschmutzung seiner Quellen und Zuflüsse in tödliche Gefahr bringen. Überdies sind die betroffenen Gebiete wichtige Naherholungsbereiche für Braunschweig-Wolfenbüttel. Demgegenüber sollte es durchaus möglich sein, eine der angebotenen Alternativen zu wählen.

Wälder

Das Querumer Holz bei Braunschweig ist durch die Erweiterung des Braunschweiger Flughafens gefährdet. Der schwere Eingriff erscheint um so unberechtigter, als die Stadt Braunschweig in den letzten zwanzig Jahren schon große Teile ihrer Waldungen verloren hat und ihr weitere Verluste drohen, wie bei der Autobahn erwähnt wurde.

Querumer Holz

In Hannover soll der Messeschnellweg durch den Stadtwald Eilenriede auf sechs Spuren verbreitert werden; die Pläne mehrerer Abzweigungen und Kreuzungen, an die man überhaupt nicht zu denken wagt, ruhen einstweilen unter dem Druck finanzieller Enge in den Schubladen der Behörden.

Eilenriede

Die Bundesautobahn Jadelinie wird so geplant, daß sie unmittelbar zum Naturpark „Wildeshauser Geest“ vorstoßen und das besonders reizvolle Lethetal mit seinen verschiedenen Staustufen und umgebenden Wäldern erheblich stören würde. Das muß unbedingt verhindert werden.

Bundesautobahn Jadelinie

In der Gemeinde Hodenhagen (Landkreis Fallingb.) will eine englische Firma einen Tierpark mit Bären, Löwen, Elefanten und anderen exotischen Tieren anlegen, in dem die Besucher mit Kraftfahrzeugen herumfahren könnten. Dadurch würde ein geschlossenes, gut bewirtschaftetes Waldgebiet kein Forst mehr sein, sondern ein klarer Gewerbebetrieb. Zusammen mit der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald haben wir uns gegen dieses Vorhaben gewandt.

Hodenhagen

Der Umfang der Massentierställe ist in den Landkreisen Vechta und Cloppenburg so unerhört groß geworden, daß Wasser und Boden nicht nur belastet, sondern geradezu vergiftet werden. Nur für die Gülle, also für die Ausscheidungen der Tiere, werden Waldflächen gerodet, und auf vielen anderen Grundstücken gibt es ebenfalls keine sonstige Nutzung mehr. Eine Verordnung des Landkreises Vechta hat keine Besserung erzielen können, die Gemeinden verhalten sich passiv, weil die Massentierhaltung einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor darstellt. In weitem Umkreis ist auch die Luft derart verpestet, daß man sich wundert, wie dort überhaupt noch Menschen wohnen können; von irgendwelchen Erholungsmöglichkeiten ist längst nicht mehr zu reden. Sicherlich kann sich auch die Landwirtschaft unserer Zeit der Serien- und Massenproduktion nicht mehr entziehen, aber hier sind die üblen Folgewirkungen doch ganz besonders deutlich. Gut wäre es, wenn sich eine gezielte Forschung der Sache annehmen würde, um Mittel und Wege zu finden, die schlimmen Erscheinungen zu beseitigen.

Massentierställe

Erfreulich ist es aber, daß jetzt insgesamt zehn niedersächsische Landkreise einen hauptamtlichen Landschaftspfleger angestellt haben, darunter neuerdings der Landkreis Vechta. Wir hoffen sehr, daß dieses Beispiel bei den noch fehlenden Landkreisen Schule macht.

Hauptamtliche Landschaftspfleger

Eine weitere erfreuliche Beobachtung ist darin zu sehen, daß Landschaftsschutzgebiete mehrfach in die Obhut von Schulen genommen worden sind, so besonders gut im Landkreis Soltau durch den Kreisnaturschutzbeauftragten, Oberstudienrat Dr. Losert. Hier hat sich eine beispielhafte Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung und der Öffentlichkeit ergeben, durch die auch sechs der schönsten Wacholderbestände des Kreises vor dem drohenden Untergang bewahrt werden konnten.

Landschaftsschutzgebiete in der Obhut von Schulen

Der Kultusminister sollte aus diesen Erfahrungen einen Erlaß ableiten, der allen geeigneten Schulen die Pflege und Betreuung von Landschaftsschutzgebieten empfiehlt. Das dürfte aber natürlich nur unter sachkundiger Aufsicht geschehen, enge Fühlung mit dem Kreisnaturschutzbeauftragten wäre also unerlässlich. Eine solche Aufgabe hätte sicherlich hohen pädagogischen Wert, wahrscheinlich noch mehr, als wenn Schulen von Zeit zu Zeit Müll und Schmutz aus Waldstücken beseitigen, so nützlich das auch ist.

Eine böse Sache sind aber immer noch die britischen Panzer im Naturschutzpark Lüneburger Heide. Das Panzergelände umfaßt zwar nur ein Viertel des Gebietes, aber die Hälfte aller Heideflächen und darunter ausgerechnet die größten zusammenhängenden. Diese Zerstörung eines mit dem Europadiplom ausgezeichneten Naturschutzgebietes ist und bleibt eine Kulturschande höchsten Grades.

Immer noch britische Panzer in der Lüneburger Heide!

Um Straßenbäume geht weiter der Kampf des Für und Wider. Zeitungsberichte behaupten, an den Landstraßen in Niedersachsen seien in den letzten Jahren mehr als 180.000 Bäume gefällt worden. Wir können in dieser knappen Verlautbarung natürlich nicht die Fülle der beiderseitigen Argumente gegeneinander abwägen, erklären aber doch mit aller Deutlichkeit, daß dem Baum in jedem Falle unsere Sympathie und unsere Liebe gelten. Keine der beiden Seiten sollte einen grundsätzlichen, einen radikalen Standpunkt einnehmen, sondern im Einzelfall prüfen, wo man dem Baum sein Recht lassen kann und wo allenfalls nicht.

Straßenbäume

Unbedingt scheußlich ist aber das Besprühen von Straßen- und Uferändern sowie von Bahndämmen mit Giftstoffen. Auf weiten Strecken wird dadurch auch das letzte landschaftsbestimmende Gehölz vernichtet und natürlich auch alles Kleintierleben.

Über das immer mehr zunehmende Brachland, also jene landwirtschaftlichen Flächen, die nicht mehr genutzt werden, haben wir uns im letzten Jahr mit einiger Ausführlichkeit geäußert. Es gibt kein Rezept dafür, das man in jedem Fall anwenden könnte, vielmehr muß man

Brachland

sich offenbar auch hier im Einzelfall für eine der gegebenen Möglichkeiten entscheiden: Aufforstung, extensive Bewirtschaftung, Pflege durch die öffentliche Hand, Gestaltung eines Erholungsgebietes oder schließlich auch die Lösung, das Land sich selbst zu überlassen. Es kann durchaus sein, daß sich daraus wieder ein natürlicher Zustand entwickelt, wie er in unserer technisierten Gegenwart so selten geworden ist.

Bei Erdgas- und Erdölleitungen wird auf breiten Sicherheitsstreifen darüber kein Gehölzaufwuchs geduldet, und das ist wahrscheinlich auch nötig. Damit aber haben wir wieder neue Schneisen durch die Landschaft; man sollte sie wenigstens so schonend wie möglich anordnen, damit kein Unheil geschieht. Das gilt auch von den elektrischen Überlandleitungen, die wir schon oft erwähnt haben. Mindestens in wichtigen Landschaftsteilen müßten sie unterirdisch verlegt werden, so z. B. im Naturschutzgebiet „Thülsfelder Talsperre“, das auf drei Kilometer Länge von einer Hochspannungsleitung gekreuzt werden soll.

Dann aber zum niedersächsischen Bergland, und zwar zunächst zum Ith. An seinem Südwesthang im Landkreis Holzmingen wird ein Steinbruch in einer Weise betrieben und ausgeweitet, die sich nicht mit den Grundsätzen der Landschaftspflege vereinbaren läßt. Er stellt einen schweren Eingriff in das Landschaftsbild dar und verbreitet Lärm und Staub. Das geschieht in einem Landschaftsschutzgebiet und in der Nähe von Lauenstein, wo Ernst Rudorff gewirkt hat, der Begründer des deutschen Heimatschutzes! Die Verwaltung sollte alle Möglichkeiten ausschöpfen, für räumliche Begrenzung, schonenden Abbau und rechtzeitige Rekultivierung zu sorgen.

Kommen wir nun am Schluß unserer Kreuz- und Querwanderungen durch die niedersächsischen Landschaften zum Harz, so finden wir an dessen Rand die scheußlichste Gefährdung eines Naturschutzgebietes im ganzen Lande mit dem Stichwort Hainholz und Beierstein. Wir haben uns damit schon oft befaßt, müssen aber noch einmal wiederholen: Das Gelände ist besonders reizvoll; es enthält in reicher Abwechslung Erdfälle, Felsgruppen, Höhlen, Buchenbestände, unterirdische Teiche und Wiesen mit zum Teil sehr seltener Flora. Es ist für viele Bereiche der Naturwissenschaften ein wichtiges Forschungs- und Lehrobjekt, überdies auch als Wohnstätte des prähistorischen Menschen von großem Interesse. Zahlreiche Gutachten anerkannter Kapazitäten betonen seinen Wert. Trotzdem versucht ein großes Gipswerk die Freigabe des Geländes zum Abbau durch einen Prozeß zu erzwingen, obwohl an anderer Stelle genügend Gips zur Verfügung steht, allerdings mit größeren Mengen von Abraum, und obwohl auch die Verwendung von industriellem Abfallgips mindestens möglich ist. Der Kreistag des Landkreises Osterode hat eine harte Entschliebung gegen diese Pläne gefaßt, zahlreiche Organisationen haben heftige Proteste erhoben, Schüler haben Unterschriften gesammelt und viele tausende erhalten. Keine Behörde ist bereit, die Genehmigung zu geben. Dem allen steht nur das finanzielle Interesse einiger Grundbesitzer und eines Industrierwerkes gegenüber, das durchaus auch andere Möglichkeiten hat. Wir wissen nicht, wie das Gerichtsurteil ausfällt, können aber nur unsere Mahnung wiederholen, dieses wirklich einzigartige Gebiet nicht zerstören zu lassen!

Ähnlich brutale Angriffe auf die Landschaft kommen auch im Harz wie überall von einem rücksichtslosen Gewinnstreben der Bauwirtschaft und des Fremdenverkehrs. Das Stichwort „Manhattan im Harz“ haben wir schon im vorigen Jahr erwähnt; inzwischen steht u. a. das Ferienzentrum Glockenberg in Altenau da und läßt erkennen, mit welchen Faustschlägen hier die Landschaft vergewaltigt wird. Andere Mammutbauten sind im Entstehen und in der Planung, z. B. auf der Jermersteinhöhe bei Braunlage. Es ist unmöglich, solche Großbauten wirklich der Umgebung unter- oder auch nur einzuordnen, sondern sie beherrschen mit ihren Massen und Formen in krasser Gegensätzlichkeit das Umland, das doch eigentlich die Grundlage für die Fremdenverkehrswirtschaft darstellt. Es ist seltsam genug, daß es Menschen gibt, die sich in solchen „Urlaubsvollzugsanstalten“ wohl fühlen können. Neuerdings scheint Aussicht zu bestehen, dem Hotel in Braunlage wenigstens eine nicht ganz so schädliche Baustelle nachzuweisen.

Auch „Goslars Sonnenterrasse“ am Rammelsberg, die einzigartige Umrahmung der Stadt, ist in Gefahr, Baugelände zu werden. Der „Goslarer Dreiklang“, nämlich Altstadt, Wiesen und Wald, der eine Besonderheit und einen wirkungsvollen Anziehungspunkt für Fremde darstellt, wäre dann für alle Zeiten zerstört. Vor einem halben Jahrhundert wurde das Gelände gegen eine geplante Hochspannungsleitung verteidigt, jetzt wäre der

Erdgas- und Erdölleitungen

Steinbruch am Ith

Besonders scheußliche Gefährdung: Hainholz und Beierstein

Manhattan im Harz

Goslar

Eingriff noch viel schlimmer; dabei fehlt es Goslar durchaus nicht an sonstigem Baugelände, zumal benachbarte Ortschaften vor kurzem eingemeindet worden sind.

Harten Widerspruch müssen wir auch wieder erheben gegen den geplanten Bau einer Seilbahn auf den Bruchberg. Auf jenem Rücken haben die ersten Moorbildungen des Oberharzes in der Nacheiszeit begonnen, das Bruchbergmoor ist also das älteste Hochmoor des Harzes. Vor mehr als fünfzehn Jahren ist es zum Naturschutzgebiet erklärt worden, es bildet den Kern des Naturparks Harz. Die Arbeitsgemeinschaft niedersächsischer Verbände für Umweltschutz hat sich ausgiebig mit dem Problem befaßt und uns beauftragt, eine Eingabe an den Landtag zu richten; die Ablehnung der Seilbahn dürfte um so leichter sein, als sich die Flächen im Eigentum des Landes befinden. Vor einigen Wochen hat uns der Herr Landtagspräsident mitgeteilt, unsere Eingabe sei der Landesregierung zur Berücksichtigung überwiesen worden. Er freue sich, uns diesen Bescheid geben zu können. Dann aber lasen wir in der Zeitung, Herr Ministerpräsident Kubel habe sich als Abgeordneter des Harzkreises mit Nachdruck für den Bau dieser Bahn ausgesprochen. Als Begründung habe er angeführt, es handele sich um kein unberührtes Moor, sondern um eine „einzige völlig matschige Fläche zerstörter Botanik“. Den Gegnern der Bahn wirft Herr Kubel Schwärmerei vor. Wir haben mehr als einen Beweis dafür, wie wenig Herr Kubel von unseren Bestrebungen hält; er möge nun aber nicht auch noch versuchen, sie herabzuwürdigen und als Schwärmerei lächerlich zu machen! Der Landtagsbeschluß gegen den Bau der Bahn hat die Sache nun ja wohl endgültig entschieden.

Das von uns vor acht Jahren zum ersten Male erwähnte Motodrom des ADAC, jene lärmende Test- und Rennstrecke, hat bis vor kurzem immer noch um den Harz herumgegeistert. Wir haben hart widersprochen, und nun ist nach Zeitungsmeldungen eine Fläche im norddeutschen Tiefland dafür in Aussicht genommen worden, zu der wir uns noch nicht äußern können. Es gibt Kreise, die uns vorwerfen, wir wären immer und überall „dagegen“. Tatsächlich bleibt uns gar nichts anderes übrig, als diese undankbare Rolle zu übernehmen; der „Betrieb“, das Gewinnstreben, der wirtschaftliche Ausdehnungsdrang boxen überall lautstark und finanzkräftig ihre Interessen durch, und viele Gemeinden werden schwach, wenn sie an ihre Verdienstmöglichkeiten denken. Demgegenüber muß es nun einmal Kräfte geben, die beharrlich an die Schonung übergeordneter Werte erinnern. Das betrachten wir als unsere Aufgabe, und dafür sind wir auch bereit, uns als fortschrittsfeindlich hinstellen zu lassen.

Mit einer höchst erfreulichen Nachricht können wir nun aber den Harz einstweilen verlassen: Jahrelang waren wir in Sorge um die Oberharzer Teiche und Gräben, die ihren ursprünglichen Sinn verloren hatten und deshalb Gefahr liefen, mehr oder weniger beseitigt zu werden. Sie waren aber längst zu einem bestimmenden Merkmal der Landschaft geworden, das niemand mehr missen mochte. Jetzt hat die PREUSSAG jene Teiche und Gräben einstweilen zu einem Drittel an das Land Niedersachsen zurückgegeben, und die Landesforstverwaltung hat sie in ihre Obhut genommen. Das ist eine glückliche Lösung.

Damit sei es für heute genug mit dem umfangreichsten uns beschäftigenden Sachgebiet, dem Naturschutz und der Landschaftspflege. In einigen Grenzfällen werden wir noch darauf zurückkommen.

Befassen wir uns nun mit der Denkmalpflege, so erfüllt uns mit großer Sorge der Gedanke, daß Niedersachsen weder ausreichende rechtliche Möglichkeiten zum Schutz von Bau- und Bodendenkmalen noch Geld für die wichtigsten Unterstützungsmaßnahmen hat. Wie lange müssen wir noch auf ein Denkmalschutzgesetz warten? Fast alle anderen Bundesländer haben ihre Rechtsvorschriften novelliert oder neue Gesetze eingebracht. Wir aber haben den nahezu grotesken Zustand, daß in Niedersachsen für den Schutz von Bodendenkmalen drei verschiedene und nicht ausreichende Rechtsgrundlagen existieren: In den früher preußischen Gebieten gilt das Preußische Ausgrabungsgesetz von 1914, im Verwaltungsbezirk Oldenburg das Oldenburgische Gesetz von 1911, während der Verwaltungsbezirk Braun-

Seilbahn auf den Bruchberg: Harter Widerspruch

Motodrom des ADAC

Oberharzer Teiche und Gräben

Bau- und Bodendenkmale

schweig und der Landkreis Schaumburg-Lippe auf diesem Gebiet keinerlei gesetzliche Grundlagen kennen.

Für die Rettung und Erforschung von archäologischen Denkmälern stehen an Landesmitteln jährlich nur 50.000 DM zur Verfügung! Von dieser spärlichen Summe sollen Grabungen durchgeführt, Entschädigungsansprüche befriedigt, schließlich Funde konserviert und restauriert werden. Man müßte aus Landesmitteln auch gefährdetes Gelände kaufen, aber daran ist wohl gar nicht zu denken. Gäbe es nicht wenigstens Mittel von der Deutschen Forschungsgemeinschaft und vom Zahlenlotto für Forschungen, so wäre die Situation noch schlimmer; und das in einem Land, das eine Fülle von wichtigen Fundstellen und Denkmälern besitzt! Doch damit nicht genug: Neben Mitteln für die Forschung und Beratung brauchen die Archäologen Werkstätten, Geräte, Laboratorien usw. und entsprechende Arbeitskräfte. Große Mengen an Fundgut werden durch Notgrabungen zwar sichergestellt - so z.B. beim Bau des Elbe-Seitenkanals -, aber zwei Restauratoren reichen bei weitem nicht aus, um die Fülle des Materials zu bearbeiten.

Mit nicht minder großer Sorge erfüllen uns die Pläne zur Neuorganisation der Bau- und Bodendenkmalpflege in Niedersachsen. So sehr es zu begrüßen ist, daß in den künftigen vier Regierungsbezirken je ein Bodendenkmalpfleger und ein Konservator eingesetzt werden sollen, so nachdrücklich muß man davor warnen, die dringend nötigen zentralen Einrichtungen für das ganze Land in Hannover zu schwächen. Sie haben eine Fülle von Aufgaben und müssen, wenn schon gesetzliche Grundlagen und Landesmittel für die Denkmalpflege fehlen, entsprechendes Gewicht erhalten, um wenigstens die ihr obliegenden Pflichten erfüllen zu können. Vorbildlich sind wieder einmal andere Bundesländer, z. B. Baden-Württemberg mit einer neuen Zentrale für Landesdenkmalpflege in Stuttgart.

Augenblicklich ist die Lage auf diesen Sachgebieten geradezu trostlos: Keine Rechtsgrundlage, viel zu wenig Personal, praktisch überhaupt kein Geld und dann vielleicht jetzt noch eine Schwächung durch Umorganisation - schlimmer kann es wohl nun nicht mehr werden! Die Landesregierung sollte sich bemühen, in allen diesen Punkten für eine wirkliche Verbesserung zu sorgen.

Nach diesen negativen Feststellungen gegenüber dem Lande Niedersachsen können wir aber doch wenigstens bei einigen Landkreisen von erfreulichem Verständnis für die Bodendenkmalpflege berichten. In Pöhlde Kreis Osterode werden seit Jahren große archäologische Untersuchungen zur Geschichte der Königspfalz durchgeführt; die Finanzierung erfolgte durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft, wertvolle Ergebnisse konnten gewonnen werden. Jetzt hat der Landkreis Osterode 30 000 DM bereitgestellt, um Grundmauern der ehemaligen Pfalz- und Klosterkirche instand zu setzen und zu konservieren. Dadurch kann ein außerordentlich wichtiges Denkmal deutscher mittelalterlicher Geschichte sichtbar erhalten bleiben. Dem Landkreis Osterode ist das fast dieselbe Summe wert wie dem Lande Niedersachsen die gesamte Bodendenkmalpflege überhaupt!

Der Landkreis Wesermünde hat die hauptamtliche Stelle eines Grabungstechnikers und dann die eines Kreisarchäologen geschaffen; diesem weit über Niedersachsen beachteten Beispiel sind inzwischen auch die Kreise Land Hadeln und Uelzen gefolgt. Der Großkreis Göttingen plant das gleiche; das ist natürlich sehr zu begrüßen, vor allem dann, wenn es bei noch weiteren Landkreisen Schule macht.

Von einem beinahe kriminellen Fall in Lehmke (Krs. Uelzen) haben wir in unserer letzten Roten Mappe berichtet. Ein Bauer hatte ein noch unberührtes Großsteingrab, das dem Lande Niedersachsen gehörte, mit schwerem Gerät aus dem Boden gerissen und vernichtet, obwohl er mehrfach darauf hingewiesen worden war, das Grab gehöre nicht ihm, er dürfe es auf keinen Fall beeinträchtigen. Inzwischen ist der Mann zu 8000 DM Geldstrafe verurteilt worden.

Zu unserer besonderen Freude ist nach jahrzehntelanger Pause wieder ein Forscher aus unseren Reihen mit dem Dr. phil. h. c. ausgezeichnet worden, und zwar Dieter Zoller; er ist in Breslau geboren, hat aber im Lande Oldenburg seine Lebensaufgabe gefunden. Zahlreiche wissenschaftliche Arbeiten waren von ihm schon geleistet worden, als es ihm schließlich die Deutsche Forschungsgemeinschaft ermöglichte, jahrelange Grabungen auf dem Gristeder Esch auszuführen und damit die Probleme des Siedlungsablaufs im ersten nachchristlichen

Wieder lächerlich geringe Landesmittel!

Neuorganisation der Bau- und Bodendenkmalpflege

Landkreis Osterode

Weitere Landkreise

Krimineller Fall im Landkreis Uelzen

Dr. h. c. Dieter Zoller

Jahrtausend zu erforschen. Methoden und Ergebnisse zeigten sich in der internationalen Fachwelt so bedeutsam, daß Dieter Zoller von der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen durch die Verleihung der Brüder-Grimm-Medaille ausgezeichnet wurde. Die Krönung aber erfuhr sein Werk durch die Ehrendoktorwürde der Philosophischen Fakultät der Universität zu Kiel. Damit hat Dieter Zoller die erlauchte Reihe jener Ehrendoktoren aus der Zeit nach dem ersten Weltkrieg hier im Oldenburger Land fortgesetzt: Otto Leege, Heinrich Sandstede, Heinrich Schütte und Wilhelm Krüger. Wenn uns bei alledem ein bitterer Geschmack auf der Zunge bleibt, so liegt es an der Tatsache, daß es keine niedersächsische Universität gewesen ist, die sich zu dieser Ehrung bereit gefunden hat, sondern eine aus dem nördlichen Nachbarland. Den guten Freund aber grüßen wir mit allen Wünschen für seine weiteren Arbeiten in Herzlichkeit.

Lassen Sie uns nun zu dem Gebiet des Städtebaus und der Baudenkmalpflege zurückkommen. Dabei möge gleich betont werden, daß auch die bebaute Umwelt, in der wir den größten Teil unseres Lebens verbringen, Schutz verdient. Es geht um organisch gewachsene Siedlungsformen, um Städte und Dörfer ebenso wie um das einzelne Bauwerk. Auch sie sind wie die freie Landschaft vielen Gefahren der Zerstörung oder Beeinträchtigung ausgesetzt; die Pflanzenwelt erneuert sich auf natürliche Weise selbst, wenn man sie in Ruhe läßt, aber das Bauwerk braucht die ständige Sorgfalt des Menschen, wenn es überdauern soll. Städte, die heutzutage in verschiedenen Erdteilen gebaut werden, sehen einander oft zum Verzeifeln und zum Verwechseln ähnlich. Wichtiger denn je ist deshalb das Unverwechselbare, das aktiv den Menschen prägt. Auch der Denkmalpflege muß ein angemessener Platz im Umweltschutz gegeben werden!

Im Gegensatz zu diesen Erkenntnissen stellt die Landesregierung für solche Zwecke ganze 50.000 DM im Jahr als Beihilfen für Gemeinden und Private zur Verfügung. In ihrer „Halbzeit“ heißt es aber: „Der niedersächsischen Denkmalpflege ist es gelungen, eine Anzahl bedeutender Kulturdenkmale wiederherzustellen.“ Wer hat denn diese Kulturdenkmale wiederhergestellt? Die Kirchen, die Klosterkammer, Landkreise, Städte und private Eigentümer, aber ganz gewiß nicht das Land Niedersachsen. Viele historische Gebäude im Landesbesitz werden vernachlässigt; die Schlösser Liebenburg und Lauenau verkommen seit Jahren, die Ruine Walkenried kann nicht instand gesetzt werden.

Zwei erfreuliche Ausnahmen sind allerdings in Oldenburg festzustellen, nämlich der Ausbau des Staatlichen Museums für Naturkunde und Vorgeschichte und des Staatstheaters. Die Planungen dafür sind schon viele Jahre alt; in der letzten Zeit ist sonst auch hier so gut wie nichts geschehen, insbesondere wartet das Museum für Naturkunde und Vorgeschichte immer noch auf die nötigen Mittel zur Ausstattung des Inneren. Noch steht das Gebäude keinem Besucher offen!

Das Städtebauförderungsgesetz wird zwar Mittel des Bundes zur Verfügung stellen, aber es bleiben mehr als reichlich Einzelobjekte übrig, die Privateigentümern gehören und denen normalerweise Zuschüsse des Landes gegeben werden müßten. Auch das ist eine Verpflichtung, der sich das Land nicht entziehen darf! Annähernd ein Dutzend Städte unseres Landes soll mit Hilfe jenes Gesetzes umgestaltet werden; es wird sehr darauf ankommen, dabei so behutsam wie möglich vorzugehen.

Die Landesbauordnung befindet sich seit Jahren immer noch in Bearbeitung; es wäre dringend nötig, sie endlich zu erlassen. Gegenwärtig gibt es gegen den Abbruch historischer Bauwerke keinerlei gesetzliche Möglichkeiten; in dieser und anderer Beziehung würde die Landesbauordnung dem Denkmalschutz wenigstens eine gewisse Hilfe bringen. Es ist wieder einmal höchste Zeit dafür.

Volle Anerkennung verdient der Landkreis Aschendorf-Hümmling für den Erwerb und die prächtige Wiederherstellung des Jagdschlusses Clemenswerth aus der Zeit des Kurfürsten Clemens August, eines Meisterwerks des westfälischen Architekten Schlaun. Mit seinen herrlichen Waldungen und Fischeichen wurde es der Öffentlichkeit übergeben und hat seitdem weit über 100 000 Besucher angezogen. Die drei Emslandkreise haben einen Kunsthistoriker als hauptamtlichen Museumsdirektor angestellt, der mit Eifer und Geschick seine Aufgabe erfüllt. Clemenswerth ist ein großartiges Beispiel, das sich andere Landkreise zum Vorbild nehmen sollten!

Städtebau und Baudenkmalpflege

Wieder viel zu geringe Landesmittel!

Städtebauförderungsgesetz

Landesbauordnung

Jagdschloß Clemenswerth

Die Ostfriesische Landschaft hat sich darum bemüht, eine typische Burg aus der Zeit um 1400, das **Steinhaus in Bunderhee**, mit dem angrenzenden Wohnhaus zu erhalten und instand zu setzen. Mit Zuschüssen von verschiedenen Seiten ist es ihr erfreulicherweise gelungen.

Steinhaus in Bunderhee

Das Land, die Städte und die Landkreise sollten es sich zur Aufgabe machen, eine **neue Nutzung für historische Bauwerke** zu finden, wenn die alte fortgefallen ist. Das ist z. B. bei der Auflösung kleiner Amtsgerichte der Fall, die vielfach sehr reizvolle Dienstgebäude haben. Oft hört man die Meinung, der Ausbau eines alten Bauwerks sei teurer als die Errichtung eines neuen; so allgemein läßt sich das aber keineswegs sagen, vielmehr muß es von Fall zu Fall sorgfältig geprüft werden. Kindergärten, Jugend- oder Altenheime, Gemeinschaftshäuser oder ähnliches bieten sicherlich manche Möglichkeit. Beispiele dafür gibt es im In- und Ausland mehr als genug.

Neue Nutzung für historische Bauwerke finden!

Zu einigen akuten städtebaulichen Fragen äußern wir uns wie folgt:

Ein Problem erregt mit Recht die Gemüter in der für uns so gastlichen Stadt **Oldenburg**. Unter dem Stichwort **Schloßgarten** ist es durch die Zeitungen gegangen, bedeutet aber tatsächlich viel mehr. Es ist ein altes Lied und wird doch täglich neu in immer wechselnden Abwandlungen: Der Kraftverkehr drängt in die Städte hinein und durch sie hindurch, er schreit nach seinem Recht und gebraucht seine Ellbogen mit harten Stößen. Ihm ist alles zuwider, was ihm im Wege steht, natürliche oder gestaltete Landschaft, vor allem aber Bauten, ganz gleich welchen Ranges. So soll nun auch hier eine Stadtautobahn gebaut werden, die einen Teil des Schloßgartens fortnimmt und den Grüngürtel der Wallanlagen und des Cäcilienplatzes bis nach Norden hin zum Pferdemarkt mit Lärm, Unruhe und Abgasen verpestet.

Schloßgarten in Oldenburg

Wir können hier unmöglich alle Aspekte des sehr vielschichtigen Problems ansprechen, aber wir betonen deutlich: Unsere ganze Sympathie gehört den Einsprüchen gegen den Bebauungsplan, doch freuen wir uns darüber, daß die Stadt inzwischen mehrere Gutachter herangezogen hat und einen Wettbewerb ausschreiben will.

Oldenburg steht mit einer solchen leidvollen Erfahrung selbstverständlich nicht allein; nur noch in einem Nebensatz brauchen wir **Wunstorf** zu erwähnen, das ausgerechnet die einzige Schönheit, die es überhaupt besitzt, nämlich den stillen Bezirk zwischen den beiden uralten Kirchen, einer nackten Durchgangsstraße opfern will.

Wunstorf

Auch in **Walsrode** plant man eine unbegreifliche Barbarei: Dort will man einen Straßenbau durch die Keimzelle der Stadt, ihre einzige Sehenswürdigkeit, nämlich das Gelände des tausendjährigen Klosters, führen. Den dort wohnenden alten Damen will man einen Teil ihrer Gebäude fortnehmen, die ganze übrige Anlage durch den Straßenverkehr unerträglich stören und ein für Fußgänger jederzeit erreichbares grünes Erholungsgebiet seiner wesentlichen Vorzüge berauben. Auch dort müßte unter allen Umständen eine andere Möglichkeit gefunden werden! Die Klosterkammer, die Äbtissin des Klosters und auch wir haben gegen den bisherigen Plan nachdrücklich Einspruch erhoben.

Walsrode

In **Papenburg** im nördlichen Emsland bangt man um die letzten Reste des früher einmal so charaktervollen Stadtbildes. Es war die größte Fehnsiedlung Deutschlands, an langen in das Moor hineingebauten und sich vielfach verzweigenden Kanälen errichtet, die in alten Zeiten von Torfschiffen belebt wurden. Solche Schiffe gibt es längst nicht mehr, weite Strecken des Hauptkanals hat man deshalb bis auf ein kleines Rinnsal zugeworfen, statt dessen eine breite Autostraße und damit ein Stadtbild geschaffen, das nüchterner Dutzendware entspricht. Jetzt will man ausgerechnet das Kanalstück an der alten Schifferkirche mit ihrem leuchtturmartigen Turm stark einengen oder ganz in unterirdische Rohre verlegen. Die letzte der zahlreichen Kastenschleusen, die es früher einmal in Papenburg gegeben hat, müßte dann auch verschwinden. Eine Umgehungsstraße wird ohnehin bald erforderlich werden; warum will man dann noch dieses Bild einer Fehnsiedlung zerstören?

Papenburg

Ähnlich steht es mit dem **Fleet in Buxtehude**, das man auch zuschütten und dem Verkehr opfern möchte. Dieses Fleet ist das letzte Baudenkmal aus der Gründungszeit der bald

Buxtehude

700 Jahre alten Stadt und dürfte deshalb nicht leichten Herzens aufgegeben werden. Es heißt, das stehende Wasser sei schlecht, verbreite üblen Geruch und enthalte Krankheitskeime; das aber läßt sich ändern, wenn man die Einleitung von Abwasser verhindert und das Fleet regelmäßig mit fließendem Estewater durchspült.

Der guten Stadt Celle haben wir mehr als einmal unsere Sympathie wegen ihrer sorgfältigen Pflege des Stadtbildes bekundet. Sie hat uns im letzten Jahre noch besonders dadurch erfreut, daß sie den Plan ablehnte, am Rande des Französischen Gartens einen jener schlimmen Verkehrswege zu schaffen. Jetzt aber bekommen wir eine Fülle von Meldungen, die sich besorgt darüber äußern, daß im Schloßhügel eine zweistöckige Großgarage angelegt werden soll. Ausgerechnet der Schloßbereich sollte so in Mitleidenschaft gezogen und das Schloß so in Gefahr gebracht werden? Wir haben der Stadt unsere Bedenken mitgeteilt und die Erklärung bekommen, man werde uns benachrichtigen und zu einer Besprechung bitten, „falls das Projekt weiterverfolgt werden sollte“.

Celle

Den historischen Garten in Westerbrak bei Bodenwerder haben wir schon im vorigen Jahr erwähnt. Er ist eine schöne und seltene Anlage aus dem 17. Jahrhundert, der es immer noch droht, durch die Verlegung einer Kreisstraße zerschnitten zu werden. Die Verkehrsbedeutung dieser Straße ist so gering, daß es nicht verantwortet werden kann, ihretwegen einen solchen Wert zu zerstören.

Westerbrak

Der Landeswettbewerb „Unser Dorf soll schöner werden“ hat wieder erfreuliche Ergebnisse erzielt. Zwei Dörfer aus dem Oldenburger Lande wurden ausgezeichnet, nämlich Großenkneten (Kreis Oldenburg) und Wiefelstede (Kreis Ammerland). Der ausführliche Kommissionsbericht über die beiden Dörfer ist voller Anerkennung: Sie hätten es verstanden, die Landschaft vorbildlich zu erhalten und zu pflegen, die Planungen seien beispielhaft, die kulturelle Tätigkeit sehr lebendig. Alle öffentlichen Belange würden durch Ortsatzungen erfaßt und gut geordnet; die Eigenleistungen der Bürger seien erheblich. Neue Wohngebiete habe man in ihren Bauten und Straßenräumen gut gestaltet, an einem neuen Baggersee die Bebauung der Ufer durch Wochenendhäuser verhindert.

**Unser Dorf
soll schöner werden**

Um die Rundlinge im Hannoverschen Wendland bemüht sich der für ihre Erhaltung gegründete Verein tatkräftig und mit viel Idealismus. Möge es gelingen, wenigstens einige dieser besonders eigenartigen Dörfer vor der Entleerung und dem Verfall zu bewahren!

Rundlinge

Dann müssen wir ein schwieriges Kapitel noch einmal ansprechen, das im Zusammenhang mit „Manhattan im Harz“ schon gestreift wurde, nämlich dasjenige der Hochhäuser in reizvollen Siedlungen oder Landschaften, vor allem in Fremdenverkehrsgebieten. Es ist nicht unsere Aufgabe, die Frage zu untersuchen, ob solche Massenbauten wirtschaftlich, ob sie überhaupt zweckmäßig sind; uns bewegt im wesentlichen der neu entstehende Klotz an einer Stelle, die bisher nichts Derartiges kannte. In Großstädten mag das ein bestimmendes Element für den Städtebau unserer Tage sein, aber an den meisten anderen Standorten ist es eine unbewiesene Behauptung, wenn immer wieder erklärt wird, das Bauwerk „füge sich harmonisch“ in die Siedlung oder die Landschaft ein.

Hochhäuser

Aus Dangast wird berichtet, dort sei ein solches Projekt aufgetaucht und habe dem Dorf die Gefahr gebracht, nur noch wie ein armseliges Stück Vorstadt auszusehen. Der Plan sei aber in der Öffentlichkeit auf so massive Ablehnung gestoßen, daß man sich nun mit anderen Möglichkeiten befasse.

Dangast

Auch gegen ähnliche Gebäude in Bad Zwischenahn haben weite Kreise erhebliche Bedenken angemeldet, weil sie eine einschneidende Veränderung der schönen und charakteristischen Landschaft des Ammerlandes bedeuten und die Gefahr weiterer Bauten gleicher Art nach sich ziehen würden. Leider hat sich die Gemeinde Zwischenahn trotzdem für ein Hochhausprojekt entschieden.

Bad Zwischenahn

In Bederkesa gehen die Wogen hoch, weil das Gelände der alten Burg massiv bebaut werden soll. Der Heimatbund der Männer vom Morgenstern, eine Bürgerinitiative und auch wir haben Einspruch dagegen erhoben, weil der Plan auf die besonders reizvolle Eigenart des Ortes und nimmt und in beiden einen Fremdkörper schaffen würde. Bisher durften alle Bau-

Bederkesa

ten in Bederkesa nur so hoch errichtet werden, daß der Blick in die Landschaft nicht beengt werden konnte; jetzt aber soll dieser Grundsatz dem Eigennutz weniger Menschen geopfert werden. Namhafte Wissenschaftler haben sich gegen das Projekt gewandt, weil es mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung nicht zu vereinbaren sei; man solle zunächst ein Konzept für die Entwicklung der Gemeinde Bederkesa auf der Grundlage des Landschaftsrahmenplanes erarbeiten und dabei die besonderen Funktionen des engeren Erholungsbezirks und des Burggeländes klären. Im Übrigen sei die Ferienwohnung im Hochhaus für Familien mit Kindern die ungeeignetste Wohnform, die man sich überhaupt denken könne.

Osnabrück meldet uns die erfreuliche Instandsetzung historischer Bauten, doch liegen uns leider auch kritische Äußerungen vor, besonders im Hinblick auf das Iduna-Hochhaus im Grünen, die Überquerung des Herrenteichswalles und andere Eingriffe in die städtebauliche Substanz.

Osnabrück

In Hannover haben sich viele Stimmen und haben auch wir uns gegen das geplante Hotelhochhaus an der Stadthalle gewandt, weil es neben diesem in sich abgerundeten, qualitätvollen Bauwerk unerträglich wirken und im übrigen den Stadtpark als Erholungsgebiet schwer beeinträchtigen würde. Jedermann gönnt der Stadthalle das angrenzende Hotel, aber nicht an dieser Stelle und nicht in dieser Höhe. Zu unserem lebhaften Bedauern hat sich der Rat inzwischen für das Hotel an dieser Stelle und in dieser Höhe entschieden.

Hannover

Es gibt außerdem Pläne, in Hannover große Teile des Welfengartens für Erweiterungsbauten der Technischen Universität zu opfern. Das wäre wieder einmal ein Verlust an Grün, wie er schon so oft hingenommen werden mußte und weiterhin droht. Wahrscheinlich wird man die Technische Universität darauf verweisen müssen, ihr Erweiterungsgelände außerhalb des jetzigen Stadtkerns zu suchen.

Schließlich darf die ehemalige Rennbahn auf der Bult in Hannover auf keinen Fall Standort von Industriebauten werden.

In Hildesheim besteht immer noch Sorge wegen der Weiterführung des Kennedydammes über den Lappenberg. Man müßte unbedingt sicherstellen, daß die Maßstäblichkeit des Stadtteils gewahrt bleibt und daß auf die grüne Wallanlage Rücksicht genommen wird.

Hildesheim

Über Barsinghausen am Deister haben wir im letzten Jahre berichtet, man wolle in einem Waldgebiet, das unter Landschaftsschutz steht, Wohnhäuser errichten lassen. Anscheinend besteht dieser Plan fort, wir erneuern deshalb unsere Bedenken. Im übrigen sollte Barsinghausen alle Neubauten so niedrig halten, daß sie nicht den Rahmen dieser schönen kleinen Stadt sprengen und daß sie vor allem auch die nötige Achtung vor der Klosterkirche bewahren.

Barsinghausen

In Einbeck möchte der Kirchenvorstand der Stiftskirche St. Alexandri die neugotische Innenausstattung beseitigen, während sich weite Kreise der Öffentlichkeit für ihre Erhaltung einsetzen. Die Stiftskirche ist in der ganzen Gegend die einzige mit einer so qualitätvollen und einheitlichen Ausstattung; man sollte sie unbedingt erhalten.

Einbeck

Ganz allgemein beginnt glücklicherweise immer mehr die Erkenntnis zu wachsen, daß der Wert kunstgeschichtlicher Leistungen nicht um 1800 aufgehört hat. Auch im 19. und 20. Jahrhundert sind Bauten und andere Kunstwerke geschaffen worden, deren Erhaltung wichtig ist. Die Beurteilung von Stilen ist immer eine Frage des zeitlichen Abstandes; man sollte nicht von Vorurteilen der Gegenwart ausgehen. Wenn solche Bauten durch Anstrich oder auf andere Weise aufgebessert werden, ist man oft erstaunt, wie großartig sie wirken. Unsere Stadtkerne sind in steigender Gefahr, sterile Zonen von Verwaltungsgebäuden zu werden; jene älteren Bauten bewahren dort oft einen Rest menschlicher Atmosphäre.

**Bauten des
19. und 20. Jahrhunderts**

In Göttingen sind Bebauungspläne am Rohns auf eine kräftige Ablehnung bei einem großen Teil der Bürgerschaft gestoßen. Man beanstandet „monströse Häuser“ vor jenem alten Gasthaus und ein Hochhaus, das dieses ganze Gelände flankieren soll.

Göttingen

In den Dörfern der Göttinger Gegend begegnen die alten Thieplätze vielfach völliger Verständnislosigkeit. Sie gehören zu den ältesten Geschichts- und Rechtsdenkmälern der Landschaft und befinden sich nur in Orten, die im frühen Mittelalter entstanden sind; möglicherweise stammen sie aber sogar schon aus vorchristlicher Zeit. Mauern und Treppen, steinerne Tische und Bänke, Zahl und Alter der dort vorhandenen Linden - alles das könnte der Forschung wertvolle Hinweise geben, aber natürlich nur dann, wenn es unverändert bleibt. Einige Dörfer haben ihren Thieplatz gut instand gesetzt, andere gehen daran, ihn sinnlos zu zerstören. Die alten Linden werden gefällt, der Hügel wird abgetragen, und die dort vorhandenen Steintreppen sollen in manchen Fällen auf dem Sportplatz Verwendung finden. Wir haben die betreffenden Dörfer einzeln gebeten, das einzustellen, und überdies hat uns der Regierungspräsident in Hildesheim zugesagt, sich der Sache besonders anzunehmen.

Thieplätze in der Göttinger Gegend

In Osterode ist die Villa Schachtrupp gefährdet, ein klassizistischer Zentralbau nach den Ideen Palladios aus dem frühen 19. Jahrhundert in einem schönen Park. Es handelt sich um ein ausgesprochen wertvolles Bauwerk im Inneren und Äußeren; man müßte es wieder in Farbe setzen, um zu erkennen, was für ein köstliches Kleinod Osterode damit besitzt. Bisher hat man noch keine endgültige Nutzung dafür gefunden, doch sollte man sich dafür unbedingt etwas einfallen lassen. Für kulturelle Zwecke ist es geradezu ideal geeignet.

Osterode

Die Stadt Hornburg hat den Kummer erlebt, daß dort eines der schönsten Fachwerkhäuser Niedersachsens, erbaut 1563, in Brand gesteckt worden ist. Anschließend mußte auch das Nachbarhaus aus dem Jahre 1559 abgerissen werden, weil es unheilbare Schäden erlitten hatte. Das Balkenwerk ist sichergestellt worden und könnte wieder verwendet werden, aber dazu reichen die Mittel jener kleinen Stadt an der Zonengrenze nicht aus; wieder einmal sei das Land Niedersachsen an seine Verpflichtung erinnert.

Hornburg

In Bispingen (Kreis Soltau) ist die alte Kirche ein beachtliches Bauwerk; sie hat ihre ursprüngliche Nutzung verloren und noch keine neue gefunden. Der Landkreis Soltau bemüht sich um die Erhaltung.

Bispingen

Derselbe Kreis hat nach vielen Schwierigkeiten die Heidenhofer Kapelle wieder aufgebaut, eine aner kennenswerte Tat.

In Stade soll ein neues Ortsstatut Maßstäbe und Grundsätze festlegen, um die bauliche Substanz der Innenstadt zu sichern. Sorge bereitet die Erhaltung des Schwedenspeichers und des Johannisklosters, zweier wertvoller Baudenkmale aus historischer Zeit.

Stade

In der Stiftskirche zu Bücken ist der völlige Verlust der frühgotischen Glasmalerei abzusehen, wenn nicht Wiederherstellungskosten von rund 180.000 DM aufgebracht werden können.

Bücken

Mehrere Heimatverbände im Oldenburger Land leisten gute Arbeit, u. a. auch mit ausgezeichneten Museen. Das Freilichtmuseum Ammerländer Bauernhaus in Bad Zwischenahn ist nun aber in Gefahr, durch aufwendige Bauten für Kurzzwecke in unmittelbarer Nähe eingengt und herabgedrückt zu werden. Gerade diese Anlage braucht die landschaftliche Einbettung, die geplante neue Nachbarschaft würde ihr einen erheblichen Teil ihrer Wirkung nehmen.

Museum in Bad Zwischenahn

Alle Museen in Niedersachsen aber beklagen die Tatsache, daß ihnen vom Land kein einziger Pfennig für Anschaffungen zur Verfügung gestellt wird und der geringe bisherige Zuschuß zu den laufenden Kosten von 100.000 DM für alle Institute zusammen in diesem Jahre halbiert worden ist.

Klage aller Museen in Niedersachsen

Beim Museum für das Fürstentum Lüneburg hat sich ein geradezu grotesker Zustand ergeben: Das Land hat sich vor sechs Jahren verpflichtet, für den Wiederaufbau des im Kriege zerstörten Gebäudeteils eine angemessene Beihilfe zugeben, bis jetzt aber keinen

Museum für das Fürstentum Lüneburg

roten Heller davon gezahlt. Infolgedessen war der Museumsverein gezwungen, einen Kredit aufzunehmen und der Bank als Sicherheit seine kostbare Sammlung alter Erd- und Himmels-
globen zu übereignen.

Die Nöte des Museumsdorfes Cloppenburg haben wir schon früher nachdrücklich betont. Bei der Jubiläumsfeier im März d. J. sprach der Vertreter des Kultusministeriums anerkennende Worte und stellte jede mögliche Unterstützung in Aussicht, vor allem sollten die Personalkosten vom Lande übernommen werden. Die Stiftung hat eine ausführliche, gut begründete Eingabe an den Landtag gemacht, aber nur den Bescheid bekommen, sie sei für 1972 nicht mehr zu befriedigen, für 1973 aber der Landesregierung „als Material“ überwiesen worden. Damit liegt die Entscheidung nun bei der Regierung, und an sie appellieren wir dringend, dieses wertvolle Institut nicht weiterhin im Stich zu lassen!

In Voxtrup bei Osnabrück wird aus privater Initiative der Aufbau eines Freilichtmuseums geplant, für das schon Hausgerüste und bäuerliche Geräte gesammelt worden sind. Die Technikerschule für Bauwesen in Osnabrück will sich der Sache annehmen und in einem Teil der Häuser Studentenwohnungen unterbringen. Wir wünschen dem Unternehmen guten Erfolg.

In jenem vorhin erwähnten Schloß Clemenswerth hat im Mai unser Jugendseminar stattgefunden und einen sehr erfreulichen Verlauf genommen. Herzlich dankbar sind wir unseren jungen Freunden, die sich mit viel Liebe der großen Mühe unterzogen haben, dieses inhaltsreiche Treffen vorzubereiten und durchzuführen, ebenso sehr aber auch den Dozenten, deren Vorträge und Führungen mit Begeisterung aufgenommen wurden.

Die Oldenburg-Stiftung und der Heimatbund für das Oldenburger Münsterland fördern die Beteiligung und Mitarbeit junger Kräfte an ihren Aufgaben so sehr wie möglich; sie wollen nun auch Jugendseminare nach unserem Vorbild durchführen, um junge Leute als Mitarbeiter in der praktischen Arbeit zu gewinnen. Damit sind wir ganz einverstanden und erklären uns bereit, solche Pläne immer mit Rat und Tat zu unterstützen. Wir wissen genau, wie entscheidend wertvoll es für uns und unsere Bestrebungen, damit aber auch für das große Ganze, ist, die Jugend zu gewinnen. Sie soll jede Chance haben, die wir ihr bieten können!

In Bremen wird die Gründung eines Niederdeutschen Instituts vorbereitet; das begrüßen wir selbstverständlich sehr.

Hundert plattdeutsch sprechende Pastoren haben eine Arbeitsgemeinschaft gegründet; sie bemühen sich, die Sonntagsepisteln ins Plattdeutsche zu übertragen und auch sonst für die plattdeutsche Sprache im Gottesdienst zu sorgen. Auch das ist eine gute Sache.

Der Niederdeutsche Bühnenbund faßt die niederdeutschen Bühnen zusammen und berichtet manches Erfreuliche. Der Besuch plattdeutscher Theaterstücke ist durchaus zufriedenstellend, und namentlich Jugendliche sind als Spieler und als Zuschauer immer wieder dabei.

Weniger hoffnungsvoll steht es um die Pflege des Plattdeutschen in der Schule. Der Kultusminister hat sich auf dem Niedersachsentag in Goslar bereit erklärt, an allen Abteilungen der Pädagogischen Hochschule Lehraufträge für Niederdeutsch zu vergeben; es gibt sie seit langem in Hannover und Oldenburg, aber von weiteren Lehraufträgen haben wir noch nichts gehört. Wo aber kann man moderne linguistische Forschung besser betreiben als in einem Lande, das noch zwei Sprachen, nämlich Hochdeutsch und Niederdeutsch, kennt?

Wir sollten unsere Aufmerksamkeit aber auch auf niederdeutsche Bezeichnungen im Hochdeutschen richten, z. B. den Sonnabend statt des süddeutschen Samstags, den Schlachter statt des Fleischers, die Heidelbeere statt der Blaubeere, die Kronsbeere statt der Preiselbeere usw. Auch solche Bezeichnungen sollten wir uns nicht einfach nehmen lassen.

Museumsdorf Cloppenburg

Voxtrup

Jugendarbeit

Niederdeutsches Institut

Plattdeutsch sprechende Pastoren

Niederdeutscher Bühnenbund

Plattdeutsch in der Schule

Niederdeutsche Bezeichnungen im Hochdeutschen

Die Deutsche Bundespost wird in der kommunalen Neuordnung eine große Zahl alter Ortsnamen zum Verschwinden bringen, und daran kann man sie nicht hindern. Um so wertvoller ist es, daß die alten Namen im Bewußtsein der Bevölkerung erhalten bleiben, wie es ja schon seit hundert Jahren ständig geschieht. Zahlreiche Dörfer sind eingemeindet worden und werden in amtlichen Verzeichnissen nicht mehr geführt; viele dieser Namen leben aber auf mancherlei Art fort, etwa in Straßennamen oder auch bei Vereinen, Wirtschaftsbetrieben und dergleichen.

Schließlich wiederum ein herzlicher Dank an Presse, Rundfunk und Fernsehen, die dem Heimatgedanken auch im vergangenen Jahr in vielfacher Weise wirkungsvoll geholfen haben. Wir bitten darum, das auch weiterhin zu tun; namentlich der regionale Rundfunk und die regionalen Zeitungen finden mit ihren Berichten, Meldungen und Diskussionen über Probleme des jeweiligen engeren Umkreises immer lebhaftes Interesse bei zahllosen Menschen.

Zum Schluß der Roten Mappe des Jahres 1972 bleibt uns nur noch ein Rückblick auf ihren wesentlichen Inhalt. In vielen Fällen haben wir Freude ausdrücken können, auch gegenüber Regierungspräsidenten, Landkreisen, Gemeinden und einzelnen Bürgern. Beim Land Niedersachsen erstreckt sich unsere Freude fast nur auf das Bodenabbaugesetz, das nun endlich erlassen worden ist.

Wie aber sieht es sonst mit den Maßnahmen des Landes aus?

Naturschutz und Landschaftspflege: Ein schöner Bericht mit guten Erkenntnissen, dem aber keineswegs die entsprechenden Taten gefolgt sind. Im Gegenteil: Kürzung der bisherigen Zuweisung von einer einzigen Million auf ganze 100.000 DM. Auf unsere Eingabe an den Landtag bekommen wir nur den Bescheid: „Erledigt!“ Punkt. Aus. Erledigt.

Bodendenkmalpflege sowie Bau- und Kunstdenkmale: Keine Rechtsgrundlage, viel zu wenig Personal, praktisch überhaupt kein Geld und demnächst vielleicht noch Schwächung durch Umorganisation.

Ankaufsmittel der sechs Landesmuseen: Kein einziger Pfennig!

Herr Kultusminister, wir bitten Sie inständig und persönlich, diesen wahrhaft skandalösen Zuständen ein Ende zu bereiten! Sorgen Sie im Kabinett dafür, daß keine Wiesen mehr trockengelegt werden, die man dann doch überspülen will; sorgen Sie dafür, daß ein paar Wasserläufe weniger begradigt und in Betonrinnen gefaßt werden; sorgen Sie für einige hundert Meter weniger Autobahnbau; sorgen Sie dafür, daß nicht noch das letzte Naturschutzgebiet durch Bauten aller Art gefährdet und zerstört wird.

Sorgen Sie insgesamt für weniger Kultivierung, dafür aber für mehr Kultur!

Sorgen Sie auch bei den Hochschulen dafür - und das ist ja nun Ihr ganz unmittelbares Arbeitsgebiet -, daß vernünftig, sparsam und rationell gewirtschaftet wird.

Herr Kultusminister, wir sprechen Sie an als den Vertreter der Landesregierung, als der Sie heute zu uns gekommen sind; wenn Sie sich bei der Festsetzung der Prioritäten für den Bereich der Kultur im Vergleich zu anderen Sachgebieten einsetzen, dann sind wir immer gern bereit, Ihnen jede Unterstützung zu bieten, die in unserer Macht liegt.

Bitte sorgen Sie dafür, daß den erwähnten Stellen im Haushalt 1973 mehr als dieselben Summen zugewiesen werden, über die sie früher verfügen konnten, als wir noch unter der Last der halben Sachen „gelitten“ haben.

Sorgen Sie insgesamt dafür, Herr Kultusminister, daß die Landesregierung endlich jenes Versprechen einlöst, das sie jetzt zur „Halbzeit“ noch einmal ausdrücklich erneuert hat: Keine halben Sachen mehr!

Deutsche Bundespost

**Presse, Rundfunk
und Fernsehen**

**Zusammenfassung:
Jammervolle Bilanz,
Appell an die Landesregierung,
die Zustände zu bessern!**

